

Bezugspreis:

Wochenschrift, 45.- M., monatlich 15.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs monatlich 12.- M. einjährig 120.- M. ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die Jahrgangswerbung ... Die Jahrgangswerbung ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 2. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Reparationsverhandlungen.

London, 1. Dezember. (WTB.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist man im Schahamt noch immer mit der Frage der Reparationszahlungen beschäftigt. Sobald der jetzt der Erwägung unterliegende Plan, der ein Moratorium und einen dem Termen des Schema ähnlichen Vorschlag einschließt, in endgültiger Fassung aufgesetzt und für die Beratung fertig ist, wird das Kabinett zusammentreten, um die Vorschläge eingehend zu erörtern. Lloyd George nimmt an den Bemühungen zur Herbeiführung einer befriedigenden Lösung der Schwierigkeit regen Anteil; wenn es ihm möglich ist, ungefähr Mitte Dezember nach Washington zu reisen, hofft er, dann mit Harding verhandeln und ihm das Ergebnis der Erwägungen der Regierung und auch das Ergebnis der Besprechungen der letzten Tage in greifbarer Form vorlegen zu können. Die verlastet, ist nur darum die Kabinettsitzung verschoben worden, weil gewisse Einzelheiten des Plans noch nicht fertig sind. Es ist jetzt nicht unwahrscheinlich, daß Lloyd George mit Rathenau zusammenzutreffen wird, obwohl der Ministerpräsident mit den Ansichten Rathenaus schon durch Vermittlung des Schatzkanzlers Hoene genügend bekannt geworden ist.

Die Reparationskommission habe der deutschen Regierung 8-10 Tage bewilligt, um Verhandlungen zu führen. Es sei möglich, daß die deutsche Regierung die Reparationskommission davon verständigen werde, daß sie diese Kredite nicht erhalten könne. Falls die deutsche Regierung immer noch der Ansicht sei, daß sie ohne Kredite nicht zahlen könne, glaube man, daß sie vielleicht Zahlungsausschub verlangen werde. Aber die Möglichkeit sei doch, daß die deutsche Regierung unter gewissen Bedingungen die gesuchten Kredite erhalten werde. Unter diesen Umständen müsse die Reparationskommission prüfen, ob sie diese Bedingungen annehmen könne.

Die Lage sei also so, daß er — Bradburn — seiner Regierung vertraulich und mündlich Mitteilungen gemacht habe, damit sie ihre Haltung bestimmen könne, wenn gewisse Eventualitäten eintreten. Die Frage des Moratoriums könne nur aufgeworfen werden, wenn die deutsche Regierung einen derartigen formellen Antrag bei der Reparationskommission stelle. Das sei bis jetzt noch nicht geschehen. Werde das Verlangen erfolgen, dann müsse die Reparationskommission es auf Grund des Wortlauts des Friedensvertrages in Erwägung ziehen.

Kredite in Aussicht.

Der meist gut unterrichtete Sozialdem. Parlamentarier meldet: Obwohl die Berichte über die Verhandlungen Rathenaus in London wenn auch nicht gerade optimistisch, immerhin aber zuversichtlich klingen, sucht die rechtsgerichtete Presse den offiziellen Scheitern der Reichsregierung zur Erlangung von Krediten bereits jetzt als erledigt hinzustellen. Was hinter dieser deutschnationalen Taktik steckt, ist leicht zu erklären: der Reich, daß es der Regierung dennoch gelingt, über die jetzigen Schwierigkeiten hinwegzukommen und die Sorge um den Verlust nichtswürdigen Agitationsmaterials. Die haben heute kein Bedürfnis, Optimismus zu predigen, stellen aber nach Mitteilungen von gut unterrichteter Seite fest, daß die Verhandlungen in London große Aussicht auf Erfolg haben, und nach Erledigung der Januar- und Februarraten, für die England Vorschüsse leisten wird, mit einer mehrjährigen Stundung der Reparationszahlungen zu rechnen ist.

Die am 1. Dezember fälligen 91 Millionen Goldmark sind bisher noch nicht gezahlt worden. Zurzeit verhandelt ein Bevollmächtigter der deutschen Regierung über die Erledigung dieser Reparationsverpflichtung noch in Paris.

Deutschland muß das Moratorium beantragen.

Paris, 1. Dezember. (WTB.) Der Vertreter Englands im Reparationsausschuß, Bradburn, befragt einem Redakteur des „Intransigent“ gegenüber, daß er seiner Regierung ein Memorandum überreicht oder eine Depesche geschickt habe, in der er ein Moratorium für Deutschland vorgeschlagen habe. Er habe auch weder in London noch anderwärts eine Konferenz mit Dr. Rathenau gehabt. Bradburn erklärte ferner, daß es Aufgabe der Reparationskommission sei, darüber zu wachen, daß Deutschland die vorgeschriebenen Zahlungen leiste.

Nach dem letzten Besuch der Reparationskommission, der der Prüfung der Maßnahmen gegolten habe, die die deutsche Regierung getroffen habe, um die Zahlungen wenn möglich sicherzustellen, sei offiziell von der deutschen Regierung mitgeteilt worden, daß sie unfähig sei zu zahlen, wenn sie keine ausländischen Kredite erhalte.

Polen und der Minderheitenschutz.

Der Deutschbundsverband zur Wahrung der Minderheitsrechte in Polen hat an den Völkerbundrat eine Eingabe gerichtet, in der er die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die skrupellose Kolonisationspolitik der polnischen Regierung lenkt, deren Ziel es möglichst rasche und radikale Ausrottung des Deutschums in den Gebieten von Polen und Pommern ist. In der Deutschschrift wird darauf hingewiesen und im einzelnen ausgeführt, daß die Warschauer Regierung bei ihrem Vorgehen gegen das Deutschum die durch internationale Verträge zugesicherten Rechte zum Teil völlig mißachtet und zum Teil durch einseitige Auslegung umgeht. Wir können auf die einzelnen Fälle an dieser Stelle nicht eingehen und wollen nur an die Vertreibung der Domänenbesitzer und Ansiedler, an die Entlassung der deutschen Beamten und Lehrer, an die Entfernung deutscher Angestellter und Arbeiter aus staatlichen und kommunalen Betrieben erinnern. Die Zahl der Auswanderer ist auf diese Weise nach Angaben des Deutschbunds auf über 500 000 angewachsen.

Die deutsche Liga für Völkerbundsrecht macht nunmehr mit Recht darauf aufmerksam, daß der Instanzenweg beim Völkerbundrat voraussichtlich sehr langwierig sein wird. Die polnische Regierung ist in der Lage, ungefähr drei Monate verstreichen zu lassen, ehe sie auf die Klage eingeht. Der Völkerbundrat selbst kann sich mit der Klage überhaupt erst dann amtlich befassen, wenn eines seiner Mitglieder ihm die Angelegenheit amtlich unterbreitet. Es leuchtet ein, daß mit diesem langwierigen Verfahren der deutschen Minderheit nicht gedient ist. Es wäre also von größtem Wert, den Schritt des Deutschbunds von anderer Seite zu unterstützen. Die deutsche Liga für Völkerbund sieht in dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund diese heilsame Unterstützung des Deutschums in Polen. Ohne verkennen zu wollen, daß wichtige Argumente für diese Annahme sprechen, befürchten wir doch, daß der Weg über Rom in diesem Fall ein Umweg wäre, der die letzten Reserven nicht mehr rechtzeitig auf das Schlachtfeld führt. Der polnische Ministerrat hat, wenn Ost-Preußen richtig unterrichtet ist, erst lethargisch wieder und offenbar auf die erwähnte Eingabe des Deutschbunds hin, den Beschluß gefaßt, die bisherige Richtung rückwärts durchzuführen und in die aufgehobenen deutschen Siedlungen polnische Krieger und Rückwanderer einzusetzen.

Uns scheint es geboten, einmal wieder an die richtige Lüre anzuklopfen. Die deutsch-polnischen Unter-

kommissionen zur Regelung der oberschlesischen Fragen sind zusammgetreten. Einer dieser Ausschüsse wird sich über die Minderheitsrechte zu unterhalten haben. Wie wir aus berufenem Munde wissen, legt man deutscherseits auf diese Rechte das größte Gewicht. Wir nehmen an, daß man sich von amtlicher deutscher Seite für eine Wahrung des deutschen Minderheitsrechts nach Posener Beispiel bedanken wird. Wir werden mithin genötigt sein, von der polnischen Regierung Garantien zu verlangen, daß sich die Ereignisse von Polen und Pommern in Oberschlesien nicht wiederholen. Gibt die polnische Regierung hier Garantien, dann muß sie ihre Ansichten über Deutschpolitik auch in den anderen neu-polnischen Gebieten einer Revision unterziehen. Denn es ist für Deutschland unendlich, die deutsche Minderheit in Polen anders als eine Einheit zu betrachten, die einem einheitlichen Minderheitenschutzgesetz unterliegt, für dessen Innehaltung bessere Garantien gegeben werden müssen als bisher.

Berlin, 1. Dezember. (TU.) Die Meldung des „Beit Parisien“, daß die deutsche Regierung eine Note, in der sie Erfolg für die durch den polnischen Zustand im Juni in Oberschlesien angerichteten Schäden verlangen werde, an die Postkonferenz zu senden beabsichtigt, bestätigt sich. Diese Note wird, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, nach Beendigung der noch schwebenden Verhandlungen abgesandt werden.

Die Aktion der Landwirtschaft.

Ueber den Verlauf der bereits gemedelten zweektägigen Besprechungen im Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft zur Vorberatung weiterer Verhandlungen mit der Reichsregierung erfährt die „TU.“ von maßgebender landwirtschaftlicher Seite noch folgendes:

Bei äusserst reger Beteiligung aus allen Kreisen der deutschen Landwirtschaft herrschte volle Einstimmigkeit über die beschleunigte Inangriffnahme einer sehr bedeutenden Produktionssteigerung. Nur auf diesem Wege erwartet man neben der im Vordergrund des Interesses stehenden Devisenersparnis eine für die Allgemeinheit erträgliche Preisgestaltung und Besserung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung. Sodann wurde neben der Beschaffung großer Mittel aus der Landwirtschaft selbst zur Hebung der Ertragsfähigkeit und einer sofort einzuweisenden umfassenden Moorkultur mit staatlichen Krediten die Stickstofffrage besprochen. Dem Vornehmen nach sollen die Oppauer Werke im Januar wieder voll leistungsfähig sein. Damit sind der Landwirtschaft 350 000 Tonnen Stickstoff sicher.

Der Währungstau.

In der Zeit vom 26. November bis zum 1. Dezember, also innerhalb fünf Tagen, ist der Dollar nach amtlicher Notierung der Berliner Börse von 293 auf 190 gesunken; im gleichen Verhältnis ist die Kaufkraft der Mark am Weltmarkt gestiegen, sind die Preise ausländischer Rohstoffe und Lebensmittel und gleichzeitig die für deutsche Waren bei der Ausfuhr in fremder Währung erzielten Erlöse zurückgegangen. Eine Summe ökonomischer Wechselwirkungen von größter Tragweite schließt sich an die Tatsache, daß plötzlich und undermittelbar die Mark ihren Stand verbessert hat. Wie schnell die Bewegung vor sich ging, ersieht man daraus, daß noch am Dienstag der Dollar mit 276 notiert wurde, daß also die Besserung in großen Sprüngen erfolgte ähnlich wie am Anfang November und Mitte Oktober die Kurse fremder Zahlungsmittel sprunghaft gestiegen waren. An einem einzigen Tage, nämlich gestern, gewann die Mark 25 Proz. ihrer verlorenen Kaufkraft.

Das ist der Tatbestand. Man fragt nach den Ursachen. Der frühere Wiederaufbauminister Dr. Rathenau weist in London. Er hat in einigen Besprechungen die Lage soweit klären können, daß die englische Öffentlichkeit sich in steigendem Maße für den Aufschub der deutschen Reparationszahlungen einsetzt. Das ist alles, was man positiv weiß. Möglich, daß englische Bankkreise oder deutsche Banken, die mit England in engerer Fühlung arbeiten, eingehender unterrichtet sind. Aber genaues weiß außerhalb dieser Kreise kein Mensch. Die Notenpresse arbeitet weiter, die schwabenden Schulden nehmen zu, der Einfuhrüberschuß der Handelsbilanz besteht unverändert — und alle diese Gründe, die man immer für die Unterbewertung der Mark ins Treffen geführt hat, sie zerfallen in Dunst, denn die Londoner Zeitungen schreiben, Deutschland brauche ein Moratorium. Ob es das erhält, weiß wie gesagt niemand. Ein Stimmungsmoment, ob die Industrie noch ihre Rohstoffe kaufen kann. Ein Stimmungsmoment, eine Kombination beteiligter Kreise bestimmt, ob hunderte von Arbeitskämpfen notwendig werden, ob viele tausend Deutsche in Not und Elend geraten, ob die Finanzmisere des Reiches gemildert wird oder ob Hoch auf neue mit der Säbelle nach dem Ruhrgebiet zeigt.

Ist es so erstaunlich, daß Stimmungsmomente für den Stand der Mark entscheidend sind? — Soweit der internationale Markt in Frage kommt, gewiß nicht. Ueber 100 Milliarden deutscher Papiermarkbeträge und -guthaben schwimmen im Ausland herum, große Summen von ihnen kommen zum Verkauf, sobald das Vertrauen in Deutschlands Wirtschaftslage schwindet, oder sie werden gesucht, wenn man drauhen der Papiermark höheren Wert beilegt. Aber der internationale Markt kümmert die deutschen Interessenten wenig. Ebenso wie früher, als die Mark im Wert sank, die heimischen Treiber zuerst am Geschäft waren und die Berliner Börse mit Preiserhöhungen fremder Zahlungsmittel wies rascher arbeitete als das Ausland mit der Herabsetzung des Marktkurses, hat auch diesmal die deutsche Mark der Meinung der übrigen Devisenplätze vorgegriffen und die Mark stark heraufgehoben. Woran liegt das? Doch einfach daran, daß sich die Devisenspekulation in Deutschland wie übrigens auch in anderen valutaschwachen Ländern ungesund entwickelt hat.

Gemeint ist hier viel weniger die Tagespekulation an der Börse, denn diese verdient an allen Kursschwankungen, ganz gleich, ob die Mark steigt oder fällt. In Frage kommt hier vielmehr die große Zahl der Leute, die an dem Stand der Devisen durch die Art ihrer Geschäftstätigkeit weitgehend interessiert sind. Importeure, Exporteure, Industrien, die ihre Rohstoffe aus dem Ausland beziehen und solche, die exportieren und schließlich das große Heer der Gelegenheitspekulanten und Hamsterer, die je nach der Richtung der Devisenkurse als Käufer und Verkäufer auftreten. Nun wachte jedes Kind, daß die Erfüllung des Londoner Ultimatus die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen einem Abbruch aussetzte, der letzten Endes ein stetiges Sinken der Mark nach sich ziehen mußte. Da meldeten sich die Leute, die sonst immer verlangen, man solle der Wirtschaft freien Lauf lassen, und machten ihr Geschäft. Sie kauften Devisen, wenn sie keine hatten, oder behielten sie, wenn sie welche besaßen. So wurde die Nachfrage nach Devisen groß, das Angebot knapp, die Kurse stiegen, zuweilen sprunghaft, zuweilen langsamer, jedenfalls bedeutend schneller, als es nach dem Stand der Wirtschaft und Finanzlage Deutschlands berechtigt gewesen wäre. Die Entwicklung eilt den wirtschaftlichen Tatsachen um viele Monate voraus. Einsichtige wiesen darauf hin, daß es doch unmöglich gesund sein kann, wenn die Mark im Auslande ein Schatzkästchen, im Inlande aber mindestens ein Zwanzigtel des Vorkriegsstandes gilt. Man achtete ihrer nicht. Die Mark mußte eben sinken; gleichzeitig stiegen die Aktienkurse. Und es bedurfte nur eines Lufthauches, um das Gebäude umzublasen. Hoffentlich — man muß es diesen Marodeuren der Wirtschaft ehrlich, und nicht aus Schadenfreude wünschen — haben sich recht viele daran die Finger verbrannt. Jedenfalls sind einige Firmen in Schwierigkeiten geraten, und man berät über die mit Recht so wenig beliebten „Stützungsaktionen“.

Dieses tolle Treiben am Devisenmarkt hat aber auch seine bedenklichen innen- und außenpolitischen Seiten. Daß die letzte Markthausse das Gleichgewicht zwischen der inländischen und der ausländischen Kaufkraft der Mark immer noch nicht hergestellt hat, sieht man daraus, daß ein Dollarstand von 190 immer noch den 45fachen Vorkriegsstand bedeutet, daß also die Mark, im Ausland an den Kleinhandelspreisen gemessen, etwa halb soviel wert ist wie im Inland. Aber wohin soll es führen, wenn innerhalb von fünf Tagen die Mark einmal mehr als 2, einmal noch nicht 1/2 Pfennige wert ist, wenn der Geldwert um 33 Proz. schwankt, je nachdem die Kursmacher gerade gewonnen sind? Die Devisenspekulation findet nirgends ein Gegengewicht, weil das Interesse der Welt an Deutschland gering ist. Es wird gering bleiben, solange die Reparationslasten in ihrer vollen Schwere auf Deutschland lasten — hier scheint sich ja eine Neuorientierung anzubahnen — und solange die Notenpresse jedes erwachende Interesse an der Mark, jede Spur erwachenden Vertrauens auf die deutschen Finanzen im Keime erstickt. Mit Recht fordern nach den vorliegenden Presseäußerungen die Engländer eine gesunde Finanzpolitik und die Einstellung des Druckes neuer Noten als Voraussetzung für jede Stützungsaktion. Wie soll aber die Notenpresse zum Stillstand kommen, wenn das Reich bei dem Papiermarkttaumel und bei den Wertschwankungen der Mark niemals seinen Steueretat ins Gleichgewicht bringen kann? Der Reichstagsausschuß für Steuerfragen doktriert mit einer verzweifelten Beharrlichkeit daran herum, für Vermögensabgaben den Begriff der Goldsteuer herauszubilden, wobei die Rechtsmänner natürlich den Besitz schonen möchten. Zu gleicher Zeit gehen Industrie und Handel schon vereinzelt dazu über, auch im Inland in fremder Währung zu verkaufen, um sich vor den Kursverlusten der deutschen Währungsschwankungen zu schützen. Diese Tatsache ist tief bedauerlich und in ihren Endwirkungen geradezu erschreckend. Schreitet nämlich der Prozeß fort, so wird die deutsche Mark immer mehr als Zahlungsmittel ausgeschaltet und muß ihre Kaufkraft gänzlich einbüßen. Der Vorgang ist aber auch bezeichnend für die Lage der Reichsfinanzen. Weicher Steuertarif kann so starken Wertschwankungen gerecht werden? Niemals wird eine Finanzgesundheit möglich sein, wenn das Reich nicht die Sachwerte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit steuerlich erfährt. Dies ist und bleibt der einzige Ausweg, weil bei so unsinnigen Kurschwankungen der Mark das Reich und die breite Masse die Leidtragenden sind. Soll es seinen Haushalt in Ordnung bringen, so muß es auf diejenigen Werte zurückgreifen, die wie Felsen von Erz inmitten der Brandung des Geldtaumels stehen, es muß sich am Ertrag der Produktionsmittel unmittelbar beteiligen. Andernfalls zahlt das Reich die Zeche, bei anhaltender Valutabesserung durch die Verminderung der Warenausfuhr und geringeren Steuereingänge, bei anhaltender Verschlechterung durch die steigende Not der Lohn- und Gehaltsempfänger, durch steigende Lebensmittels- und Materialpreise. Das ist der verderbliche Kreislauf. Es ist höchste Zeit, daß er unterbrochen wird!

Teuerungskundgebungen in Wien.

Wien, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Heute früh sind die Arbeiter von Floridsdorf, der größten Wiener Betriebe, in den Streik getreten als Protest gegen die wahnwitzige Teuerung und gegen die Untätigkeit der Regierung. Sie haben als Forderung lediglich die Vermittlung des sozialdemokratischen Finanzplans aufgestellt, insbesondere die Anforderung der ausländischen Valuten und alles Goldes. Gegen Mittag sind die Arbeiter in großen Jagen vor das Parlament gezogen, wohin auch die Arbeiter aus zahlreichen anderen Bezirken kamen. Es war eine riesige Demonstration. Eine Deputation der Arbeiter überbrachte unter Führung der sozialdemokratischen Abgeordneten die Forderungen den Ministern. Genosse Selb hielt eine Ansprache, worauf sich der Zug auflöste. Danach haben größere und kleinere Gruppen von Kommunisten und jugendlichen

Programm-Fehler.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es ist immer dankenswert, wenn ein neuer Ton in die klingenden Programme unserer Saiten hineingerät. Der berühmte Physiologe Karl Lang e hat an die Spitze der allgemeinen Vektoren, die Kunstgenuss hervorbringen, die Abwechslung gesetzt. Daneben nennt er, fast gleich wichtig, die sympathische Stimmungserregung und die Auslösung der Bewunderung, der Ekstase, die aber schon ein besonderer Zustand des Gemütes selbst ist. Gedächtnisfeind des Kunstgenießens ist jedenfalls die Monotonie, das ermüdende Gleichmaß. In der Betonung des Abwechslungs kann aber auch eine Gefahr liegen, und gerade die moderne Musik leistet sich in der Verschlebung und Aufhebung des Rhythmus, der Tonlage, der Gesamtarchitektur sträflich viel. Bei der Aufstellung von Programmen ist die Vielseitigkeit der Stile, der dichterischen Vorwürfe, der Kompositionstechnik nicht immer Genug merkend, und selbst ganz großen Darstellern gelingt das Abwägen, Differenzieren, Ausgleichen und Herausheben der Kontrolle oft nur bei einem einzigen Meister, dem sie in ganzer Tiefe und Ueberlegenheit hinzugeben sind. Die Einheitlichkeit des Programms ist dem Durcheinander vorzuziehen. Und Agnes Schulz hätte gut getan, statt neuer Lieder von acht Komponisten, die sich in kurzen Stimmungsbildern nicht ausgeben können, lieber nur drei oder vier, diese aber mit entscheidenderen, bezeichnenderen Schöpfungen vorzuführen. Acht Seelen aus einer einzigen Seele herauszutragen, daß jede ihren Wert enthüllt, das gelingt in 1 1/2 Stunden nicht; und selbst die erquickenden Thematia der Liebe, Jugend, Hoffnung, des Abends und des Frühlings bekommt man einmal satt. Und glauben tut man sie in der Unterbrechung schon gar nicht. Ein Kern, ein Halt, ein ruhender Pol muß im Programm sein. Dies alles für alle, die es angeht, und nebenbei: Das liebe Bild der Agnes Schulz zerstreut man nicht, auch wenn ein Fehlerchen daran stört. Die stille Andacht und das warme Empfindungszeichen, das sie mit der letzten schönen Sopranhöhe ihren Liedern angebeihen läßt, hebt sie weit über das Alltägliche. Ist auch in dem Konvolut vom Liedergang nicht alles menschlich durchleuchtet, so scheint es und klingt es doch so. Und des wollen wir dankbar gedenken, auch wenn die hübschen Einfälle Krügers und Straßers, die gehaltvolleren Lieder von Haas und Trunk schon vergessen sind.

Alles ist im Zeitalter Einsteins relativ. Und wenn man Felix Reuter singen hört, so ist Agnes Schulz eine Oregin geworden. Bei dem Bassisten mißlingt der Versuch, Erlebnis vorzutauschen, vollkommen. Die spröde, unergiebige Stimme sitzt irgendwo tief im Hals, die Intonation ist unsicher und unstet, die Aussprache der Vokale gaumig, gepreßt (oi statt ei, a statt e). Reuter wird das vorhandene und bildungsfähige Stimmmaterial erst in gründliche Pflege geben müssen, bis er wieder öffentlich singt; für das Haus und für eine Gedächtnisfeier reicht es schon aus. Aber dahinter steckt ein großer Ehrgeiz. Relativ gut ist Otto Reznikens Klavierspiel, wenn er aus der Wochenumgebung herausgelöst wird. Es wird winzig, wenn Frederick Lamond die Erinnerung aufrichtet. Reznik arbeitet noch am Vortrag, Lamond beherrscht ihn, Reznik tüftelt und ver-

arbeitet auf der Ringstraße in Caféhäusern und in großen Geschäften die Fenstergehenden eingeschlagen und auch Waren verschleppt. Die Einrichtungsgegenstände wurden demoliert.

Nachmittags hat zwischen den sozialdemokratischen Abgeordneten sowie 50 Vertrauensmännern aus den größten Wiener Betrieben mit der Regierung eine Besprechung stattgefunden, worauf der Finanzminister Dr. Gänther zusagte, daß noch im Laufe dieses Monats eine Börsengewinnsteuer beantragt würde. Auch weitergehende Finanzmaßnahmen, insbesondere die verschärfte Besteuerung der Luxuswaren wurde angekündigt.

Minister Schmidt im Handwerkerbeirat.

Am 25. Februar fand im Reichswirtschaftsministerium die erste Sitzung des Handwerkerbeirats statt, in der Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt eine längere Ansprache hielt. Er wies auf die Wünsche aus den Kreisen des Handwerks hin, eine engere Fühlungnahme zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Handwerk zu erzielen. Diesen Wünschen sei er nachgegeben. Im Vordergrund der Beratungen des Handwerkerbeirats werde der vom Reichsverband des deutschen Handwerks ausgearbeitete Entwurf eines Reichsrahmengesetzes über die Berufsvortretung des Handwerks stehen, durch den das Handwerk gesetzliche Anerkennung als selbständigen Berufsstand erlange. Einen weiteren wichtigen Gegenstand der kommenden Beratungen werde die Ausbildung der handwerklichen Lehrlinge bilden. Um den Abfluß von Qualitätsware zu fördern, sei er, der Minister, mit den beteiligten Verbänden — auch denen des Kunstgewerbes — in Verbindung getreten, um eine möglichst starke Beteiligung des Handwerks an Messen und Ausstellungen zu ermöglichen. Zum Schluß seiner Ausführungen sprach Genosse Schmidt die Hoffnung aus, daß sich künftig das Zusammenarbeiten zwischen Ministerium und Handwerk durch die Bildung des Handwerkerbeirats verstärken und vertiefen werde.

Wilhelms Kofferdame.

Unser Parteiblatt für den Bezirk Osnabrück-Bentheim veröffentlicht folgendes Dokument:

Hofmarschallamt Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.

Befehligung.

Frau Hanna Harms, geb. Laug, reist heute nach Deutschland und kehrt danach wieder hierher zurück. Es wird gebeten, ihr auf der Hin- und Rückreise bei der Grenzkontrolle tunlichste Erleichterung zu gewähren.

Haus Doorn, den 12. Oktober 1921.

(Stempel) Hofmarschallamt. (Name unleserlich) Hofrat.

Wie die Osnabrücker „Freie Presse“ zu diesem Schreiben weiter mitteilt, reist Frau Harms allwöchentlich mit großem Gepäck über Bentheim nach Deutschland und kehrt jedesmal mit noch schwereren Koffern über Bentheim nach Doorn zurück. Es wird notwendig sein, daß die Regierung feststellt, ob tatsächlich die Grenzkontrolle in Bentheim auf Grund eines hofrätlichen Empfehlungsschreibens dem weiblichen Hohenzollernkurier bei der Grenzkontrolle „tunlichste Erleichterung“ gewährt. Das Loch im Westen, aufgemacht drei Jahre nach der Revolution, auf Grund wilhelminischen Befehls, wäre in der Tat eine starke Verhöhnung der Republik.

Verbotener Hindenburg-Kummel.

Wie wir kürzlich meldeten, ergingen von deutschnationalen Schülerorganisationen Hannovers an sämtliche höheren Schulen im Reich Einladungen zur Beteiligung an einer großen Hindenburg-Kundgebung für den 3. und 4. Dezember d. J. Wir knüpften an diesen Aufruf die Frage, ob es zulässig sei, während des Schuljahres, auswärtige Schüler für eine derartige Demonstration zu beurlauben. Wie die Ill. mitteilt, hat nunmehr das Preussische Kultusministerium am Mittwoch in einem eiligen Kundertafel an sämtliche Schulleiter die Teilnahme an der hannoverschen Feier verboten. Die hannoverschen Einberufer erklären hierzu, die

Feier ohne Aenderung des Programms dennoch durchführen zu wollen. Wir erwarten, daß der preussische Kultusminister streng darauf achten wird, seine Autorität vor ein paar deutschnationalen Jünglingen nicht auf das schwerste kompromittieren zu lassen.

Kapitalistische Vaterlandsliebe.

Die Tatsache, daß die Industriellen des an Polen fallenden ober-schlesischen Gebietsteils sich bereit haben, den polnischen Nachhabern ihre Dienste anzubieten, während sie den deutschen Bevollmächtigten ihre Sachkunde verweigern, ist hier schon besprochen worden. Die Breslauer „Volkswacht“ ist in der Lage, die kapitalistische Vaterlandsliebe an einem Spezialfall noch deutlicher zu kennzeichnen. Sie schreibt:

„Die Lignose A. G. besitzt in Oberschlesien drei große Werke, von denen nach Genser Entscheidung zwei auf polnisches Gebiet fallen, dagegen die Kruppamühle deutsch bleibt. Anlässlich dieser Tatsache ist der Generaldirektor der Firma, Dr. Geldermann (Berlin), vor wenigen Tagen in Warschau gewesen und hat dahin gewirkt, daß die polnische Regierung alles unternimmt, um die Kruppamühle aus angeblich wirtschaftlichen Gründen für Polen zu sichern. Selbstverständlich war dieses Angebot von der deutschen Regierung ein angenehmes Angebot für Polen und die polnische Regierung hat sofort die notwendigen Schritte in die Wege geleitet. Beauftragte — deren Namen wir gegebenenfalls nennen können — nach Berlin geschickt, um dort nicht an offizieller Stelle, sondern hinter den Kulissen die Regelung der Angelegenheit zugunsten Polens anzustrengen. Inwieweit ihnen dieses gelungen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.“

Es ist Aufgabe der deutschen Öffentlichkeit, derartige von deutscher Seite angezielte Treibereien festzustellen und unsere Unterhändler so auf eventuelle Ueberrumpelungen von polnischer Seite aufmerksam zu machen. Zweifellos ist Gefahr im Verzuge, denn die deutsche Industrie in Oberschlesien, die vorauszern angeblich noch deutsch gesinnt war, hat plötzlich aus Geldsachinteressen ihr polnisches Herz entdeckt. Die Regierung muß auf der Hut sein und Vorkehrungen treffen, um neue Schicksalsschläge, die uns drohen, abzuwenden.“

Steuerarbeit und Regierungsvertreter.

Von einem Reichstagsabgeordneten, der an den Steuerberatungen teilnimmt, wird uns geschrieben:

Der Marktzug der letzten Wochen hätte Veranlassung sein müssen, in den Vorlagen der Regierung die einzelnen Steuererträge zu erhöhen, um die finanziellen Ertragsrisse der Entwertung der Mark anzupassen. Was hat man verdammt. Im Gegenteil: Die Parteien, die Opposition machen um der Opposition willen, stellen bei jeder Gelegenheit Abmilderungsanträge, verzögern die Verabschiedung der Vorlagen, wie es speziell im Ausschuß für Fiskalsteuern in Erscheinung getreten ist. Zum mindesten müßten nun die Regierungsvertreter alles aufbieten, daß an den vorgezeichneten Sägen festgehalten wird. Leider ist dies nicht der Fall. Es macht sich hier bemerkbar, daß wir keinen voll verantwortlichen Finanzminister haben.

Bei den Beratungen des Branntweinmonopols forderte unter Zustimmung der Sozialdemokraten und der U.S.P. der Demokrat Dietrich-Baden die Regierungsvertreter auf, doch nicht bei jedem Abänderungsantrag sofort zurückzuweichen, sondern zunächst die Fassung des Entwurfs zu verteidigen, zum mindesten zu erklären, welche Gründe für die Fassung des Entwurfs maßgebend gewesen sind. Im 35. Ausschuß hörten bei der Beratung des Rummel- und Lotteriegesezes die Regierungsvertreter seelenruhig der Aussprüche zu, bis der demokratische Abg. Pachtold sagte: „die Regierungsvertreter machen uns die Vertretung der Vorlage nicht gerade leicht, sie äußern sich überhaupt nicht.“

Dies Verhalten der Regierungsvertreter mußte wie eine Ergänzung der stillen Obstruktion der Opposition an. Es ist kein Zufall, daß bei einigen Vorlagen wesentliche Abmilderungen erfolgt sind, einige ganz abgelehnt wurden. Zu der relativen Minderung der Einnahmen durch die Geldentwertung kommen jetzt noch die tatsächlichen Abstriche in den Kommissionen.

Für die Koalitionsparteien und die Regierung erwächst die Pflicht, sich mit diesen Erscheinungen einmal ernstlich zu beschäftigen.

Hätte dieser begabten Frau eine solche Rolle gar nicht zuteilen sollen. Laubenthal hat seine alte Photographierpose, sieht aus wie Feuerbach, bewegt sich leicht flott und bringt hümmlich für die Partie viel Glanz und Seele mit. Die Muskette der Lizzi Fint würde zwar nicht, wie sie sagt, in Paris Kuffen erregen, sie spielt übertrieben nervös, singt aber immer noch hell und gut. Scheid ist behäbig, gut gelaunt, bürgerlich. Das erste Bild darf nicht an der Tür spielen, das Schlußstück im Zimmer ist sonst finlos. Im zweiten Bilde könnte alles um zwei Meter rückwärts verschoben werden, die Szene war entweder ganz leer oder ganz gefüllt. Das immer dankbare Publikum war auch diesmal entzückt.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Künstler. In Frankfurt am Main hat am 26. und 27. November der erste Mitgliederversammlung des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler stattgefunden. Der Verband, im Januar dieses Jahres gegründet, vertritt den lange gehegten Wunsch der deutschen Künstlerschaft, wieder wie in früheren Jahren eine festgeschlossene Einheit zu bilden. Die Einheit war im Kampf der Kunstanschauungen verloren gegangen und hat sich nur wieder herstellen lassen durch Beschränkung auf die allen Künstlern gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen. Die im Reichsverband vereinigten 12 wirtschaftlichen Verbände der verschiedenen Gattungen Deutschlands lassen den anderen Kunstvereinigungen volle Freiheit in der Befestigung ihrer künstlerischen Ideale. Dafür stützen diese alle die wirtschaftlichen Verbände und den Reichsverband, der 6000 Künstler als Mitglieder zählt.

Welch große Bedeutung das Wirtschaftliche auch beim Künstler oder gerade beim Künstler heutzutage annimmt, braucht kaum gesagt zu werden und ergibt sich aus der umfangreichen Tagesordnung, welche die Künstler in zwei Tagen zu bewältigen hatten. Die erfolgreiche Abwehr gegen das Luxussteuer-gesetz, das ein Ausnahmengesetz gegen die bildende Kunst war, hat viel zur Einigung der Künstlerschaft beigetragen. Noch leiden alle kunstgewerblich tätigen Künstler unter diesem Gesetz. Abhilfe gegen die bittere Not in weiten Kreisen der Künstlerschaft muß geschaffen werden. Beschaffenheit und Preise des Farbmaterials spielen eine große Rolle. Die Wirkung aller unserer so ungemein reichhaltigen Steuer-gesetze auf die Künstler muß geprüft und die Beziehungen zu Behörden und Interessenten, Kunsthändlern und Kunstverlegern müssen geregelt werden. Ein Verlags-gesetz ist in Beratung. Enge Beziehungen bestehen zu Tonkünstlern und Schriftstellern und finden in der gemeinsamen Forderung einer Kulturbgabe ihren Ausdruck. Unter den wenigen den freien Berufen zugestandenen Eighen im Reichswirtschaftsrat nehmen die bildenden Künstler zwei ein. Der Einfluß des Künstlers auf unsere ganze Qualitätsindustrie steigt erfreulicherweise immer mehr und zwingt auch den Künstler zu reger Teilnahme an der Entwicklung und dem Schicksal unseres ganzen Wirtschaftslebens.

Die Verhandlungen in Frankfurt a. M. gingen lebhaft vor sich, aber die Einigkeit kam niemals in Gefahr. Den Bericht über die gesamte Tätigkeit des Reichsverbandes erstattete der zum Generalsekretär eingesehete Vater Otto Marcus. Die schwierigen Reichsfragen wurden dem Syndikus Rechtsanwalt Rodlin in

irrt sich im Geschnad (bei Atempausen der Brahms-Walzer, beim dozierenden Ton der Bizet'schen Dante-Sonate). Dem Salonstück (Grieg) wird er mit behutsamem Finger und zärtlicher Traummilch freundlich gerecht. Lamond wirft sich auf die Baganini-Variationen Brahms mit überlegener Kraft und einer wahrhaft phänomenalen Anschlagsfertigkeit. Alles ist und klingt und scheint doch wie improvisiert. Der große Beethoven-Interpret ist auch ein Brahms-Spieler von Rang; und die ganze Spezialisterei scheint ein Unfinn. Ein rechter Architekt baut seine Häuser aus mancherlei Material.

Unter den Geigern ist Max Rosen einer, dessen Spiel schon im kurzen Anlauf gefangen nimmt. Er kommt aus Amerika, ist also im umgekehrten Sinne ein Austausch-Künstler als wie unsere sonstigen Stars. Man kann mit diesem Tausch zufrieden sein. Er betreut und begartelt das Tschaikowsky-Konzert mit jugendlicher Schwärmerie, nicht sehr stark, dennoch temperamentvoll. Einen silbernen Ton zieht der behende und in allen Stricharten parierende Bogen aus edlem Instrument. Die steigende Sicherheit der Griffe scheitert nur an ein paar Flageolets, und ab und zu verliert sich die Schönheit des Tons in luftbünnen Verflüchtigung. Sonst aber: ein Geiger von Format, den man bei ganz großen Aufgaben sehen möchte. Louis von Bor scheitert an mehr als einer Stelle, Nervosität hindert ruhigen Ausgleich am Bollen und Vollbringen. Was aber bleibt, ist eine vornehme, unaufdringliche Art, Kantilene zu singen und dem nicht großen Ton Seele, Sinnlichkeit einzuhäuschen. Das kam dem Schubert'schen Konzertstück gut zustatten. Oskar Fried änderte, sichtlich unter dem Zwang der Probekürze, sein Programm. Scriabine und Schönberg sind doch nicht etwa auch schon ad calendae graecas verlegt? Schade wär's und war doch halt verprochen. Abwechslung in den Programmen tut not (oben), und Fried ist berufen, Neues zu bringen. Der „Don Juan“ Richard des Zweiten (Wagner war der erste) gehört schon zum Alten; seine Wirkung bleibt blendend, auch wenn die Instrumente so auseinanderfallen wie in der kühlen Scala, deren Name so musikalisch klingt und die doch ein so amüsantes Lokal bleibt. Kriegsgewinner, baut endlich einen Konzertsaal, der würdig ist deutscher Musik: Hermes und Apoll würden einträchtig miteinander lustwandeln. Und hand in hand mit besten Geigern schreitet Rudolf Balk langsam aufwärts, hand in hand mit gestaltungsfähigeren Sängern Jeanne Koettler.

Noch eine neue Premiere. Das Deutsche Opernhaus kann es sich leisten, die „Böhème“ mit eigenen Kräften doppelt zu besetzen. Das ist hoch achtbar für die Regie dieses Hauses. Sie bietet ein paar sehr hübsche Bühnenbilder, läßt ein gutes Orchester von Baghalter, dem feurigen und kenntnisreichen Puccini-Dirigenten, lebhaft und zart spielen, rüstet ein gutes Männer-Quartett — und es kommt doch nur ein Abglanz des Wertes zustande. Es liegt zunächst an Herta Stolzberg, die für die Mimik so gar nichts Tierisches, Raubes, Unbemühtes mitbringt. Ihr Vädlein ist versteinert, ihr Singen ein ewiges Beschlehen von Kopf- und Brustton, von großem Ausschwingen der Kantilene und Säuseln, sie ist nirgendwo ganz frei von Bewußtheit, nirgendwo voll von der zarten, tränkenden Liebessehnsucht der Schwindsüchtigen. Man

Der Schiedspruch für die Metallindustrie angenommen.

Eine überfüllte Versammlung der Funktionäre des Metallkartells nahm am Donnerstag zu dem Schiedspruch Stellung, den wir gestern im Morgenblatt veröffentlicht haben. Mehrere berichteten über die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht und Bevollmächtigter Ulrich gab Erläuterungen zu einzelnen Sätzen des Schiedspruchs. Auf eine Anfrage stellte Ulrich fest, daß auch bei den Lohnarbeitern in den für den Dezember zugestandenen Zuschlägen zu den Novemberlöhnen die Sätze mitenthalten sind, die das letzte Lohnabkommen als Zufuß für den Dezember vorsah. Es sind also z. B. in der Zulage von 1,90 M für Arbeiter über 21 Jahre die 40 Pf. mitenthalten, die ihnen nach dem letzten Lohnabkommen sowie für den Dezember zustanden.

In der Diskussion machte Pössel, ein Arbeitnehmermitglied des Schiedsgerichts, Mitteilungen über das Zustandekommen des Schiedspruchs überhaupt und speziell über das Zustandekommen der Einstimmigkeit. Danach haben die Arbeitnehmerbevollmächtigten ihre Zustimmung zur endgültigen Fassung nur aus Zweckmäßigkeitsgründen gegeben. Es habe den Anschein gehabt, als würde das Schiedsgericht sonst auseinanderfallen. So habe man geglaubt, schließlich zustimmen zu sollen. Dabei habe man erwogen, daß es die Kollegenschaft ja immer noch in der Hand habe, den Schiedspruch abzulehnen. Verschiedene Diskussionsredner verlangten Ablehnung des Schiedspruchs und eine Urabstimmung. Der Kommunist Schlieberlein, ein Mitglied des Schiedsgerichts, erklärte seine Zustimmung ebenfalls aus Zweckmäßigkeitsgründen, wobei er hervorhob, daß man so eine Klassifizierung verhindert habe. (Zurufe: Schieber!) — Richter meinte: Durch den Schiedspruch ist zwar keiner von uns befriedigt, es ist aber wegen der Kürze der Zeit die Annahme zu empfehlen. Unsere Forderungen können bei den in kürzester Zeit stattfindenden Verhandlungen für Januar wieder aufgestellt werden. Richter riet in seinem Schlusswort ebenfalls zur Annahme, weil der Schiedspruch nur eine Geltungsdauer von 4 Wochen habe und die Vertreter der Kollegenschaft schon in den nächsten Tagen über die Tarifgestaltung ab 1. Januar verhandeln würden.

Mit großer Mehrheit wurde darauf der Schiedspruch angenommen.

Die neugewählten S.P.D.-Delegierten zur Generalsammlung der Metallarbeiter und zum Leipziger Betriebsrätekongress treffen sich Sonnabend 5 Uhr in der Schulaula am Kopenplatz.

Revision der Beamtengehälter.

In der Frage der Revision der Beamtengehälter fand am Donnerstag eine Besprechung des Ausschusses des Reichstages und den Spitzenorganisationen statt. Ein positives Ergebnis wurde nicht erzielt. Erneute Besprechungen sollen sobald herbeigeführt werden.

Die Zuckersteuer.

Der 35. Ausschuss des Reichstages begann am Donnerstag mit der Beratung des Zuckersteuergesetzes. Der Regierungsentwurf sieht eine Erhöhung der Zuckersteuer von 14 auf 100 M. pro Doppelzentner vor. Eine feinerzeit der Nationalversammlung zugegangene, aber unersiedigt gebliebene Vorlage wollte die Steuer auf 30 M. festsetzen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses verkennten angesichts der Geldentwertung und der Geldnot des Reiches nicht die Berechtigung einer Erhöhung der Steuer. Sie wollen sie anstatt auf 100 M. auf 50 M. steigern. Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt werden.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

In Stuttgart wurde gestern der vierte Parteitag der Deutschen Volkspartei eröffnet. Der Sitzungsort war mit schwarz-weißen roten Fahnen geschmückt. Es sind eine Reihe ausländischer Gäste erschienen. Fast vollständig sind die Fraktionen des Reichstages und der Länder vertreten.

Stresemann eröffnete den Parteitag mit einem Hoch auf das deutsche Reich und Volk. Auf seinen Vorschlag wurde Geheimrat Kahl zum Vorsitzenden des Parteitages gewählt, der eine Begrüßungsansprache an die Versammelten richtete. Seine Ausführungen gipfelten in einer heftigen Anklage gegen den Versailler Vertrag und in einer Ablehnung des Gedankens vom Völker-

klarer Weise erläutert. Tausend waren die Mitglieder durch das Verbandsblatt „Kunst und Wirtschaft“, dessen Schriftleiter Fritsch Hellwig ist, über alle die Künstler angehenden Fragen unterrichtet.

Auch ein „Filmdrama“. Folgendes fast ungläubliche Vorkommnis hat sich, wenn man amerikanischen Zeitungsmedien glauben darf, kürzlich in New York zugetragen: Zur lebhaftesten Verkehrszeit kamen zwei gewaltige Automobile durch eine der vornehmsten Straßen der Riesenhadt gefuht und hielten vor einem Juwelierladen. Aus dem ersten Auto stiegen zwei Schuhleute und sperrten den Bürgersteig ab, und ihnen folgten einige als Banditen verkleidete und mit Revolvern bewaffnete Männer, die sich sofort daran machten, die Schaufenster und Schaukästen des Ladens zu bearbeiten. Die Sache hätte etwas bedenklich scheinen können, wenn nicht ein Kriegeroperator und sein wohlbekannter Aufnahmeapparat in dem zweiten Auto gewesen wären und ununterbrochen die Szenen aufgenommen hätten, während ein anderer Filmmann den Gang der Handlung leitete. Die Apochen führten — vor den erstaunten und bewundernden Blicken einer großen Volksmenge — schnell und sicher ihre Arbeit aus. Sie schlugen die großen Schaufenster ein und rösteten alle Schmuckstücke und Wertgegenstände zusammen, die sie erreichen konnten. Der Inhaber des Geschäftes, der erschrocken herausstürzte, begegnete einem erhobenen Revolver. Er wurde bald übermannt und neben seinen sämtlichen Angestellten gebunden. In einigen Minuten war der ganze „Film“ aufgenommen, worauf sämtliche Mißspieler rasch in ihre Autos stiegen und davonfuhren. Nur eins wirkte ein wenig sonderbar: daß man nämlich den Juwelier und seine Angestellten mit gebundenen Händen und Füßen auf der Straße liegen ließ. Schließlich erbarmte man sich ihrer und befreite sie von den Stricken. Nun endlich konnte der arme Juwelier erklären, daß die ganze Geschichte ein schändliches Verbrechen sei. Die Banditen waren überhaupt keine verkleideten Filmschauspieler, sondern eine Gesellschaft äußerst verlogener Verbrecher, die auf diesen „Filmdrama“ gekommen waren, um in Ruhe das Geschäft plündern zu können. Die gestohlenen Juwelen sollen nicht weniger als eine halbe Million Dollar wert sein.

Wissenschaftliche Museumsführungen. durch Direktorialbeamte finden am Sonntag 9½ Uhr im Kaiser-Friedrich-Museum (Holländische Gemälde), im Alten Museum (Kunste Kleinfunde) und im Neuen Museum (Mittelalterliche Kunst) statt. — Zulasskarten (1 M.) vor Beginn am Eingang der Museen erhältlich.

Zugenden der politischen Gesangsvereine auf Festung Nideck. Schützenfeld spricht Ernst Friedrich Sonntag, den 4. 19, Uhr abends, in der Stadthalle, Alsterstr. 47/50, Szenen aus Tolstois „Wandlung“ und „Wasse Reich“ sowie revolutionäre Dichtungen von Erich Müllers. Sprecher: Sprecher „Der Tag des Proletariats“ und „Wallengänge“. Szenen in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstraße 4, und an der Kassenkasse.

Das dritte G heißt in diesem Jahre das freie Künstlerkollektiv der tabulalen Novembergruppe. Es findet im Kaiserpalast des Zoo (Eingang Kistenstein-Portal) am Sonnabend, den 2. (von 9½ Uhr an) statt.

Das Gedicht der herrschenden Klassen. Unter diesem Titel findet Sonnabend, den 2. abends 7 Uhr, in der Schulaula Alexanderstraße (Tempelhof) ein Lichtbild-Vortrag mit Rezitationen statt. Lichtbilder nach Zeichnungen von George Grosz und Originalaufnahmen aus dem russischen Hungergebiet.

frieden. Seine Drohung, es werde eine Stunde der Ubrachtung kommen, fand stürmischen Beifall. — Auf diese Ausführungen erfolgte eine Begrüßung der auswärtigen Gäste, die von Dr. Hampel-Wien erwidert wurde. Der Abg. Mittelmann sprach die Hoffnung auf baldige Vereinigung des Reiches mit Deutschösterreich aus. Hierauf berichtete

Stresemann über die politische Lage.

Er führte u. a. aus: Auch diejenigen, die sich Sieger nennen, befinden sich in einem Zustand der völligen Unsicherheit des Gegenwärtigen und des Kommenden. Der Friede von Versailles sei auf einem Rechtsbruch aufgebaut; die Deutschland auferlegte Kriegsschuld finde in den Bedingungen des Waffenstillstandes keinerlei Begründung. Die Männer, deren Namen in der Welt internationale Bedeutung habe, und die „von moralischer Abrüstung Deutschlands“ sprächen, sollten angesichts dieses Rechtsbruchs ihre eigene Moral erst einer Prüfung unterziehen. Stresemann verweist in diesem Zusammenhang auf die Arbeitslosigkeit in den anderen Ländern. Die hochwertige Valuta bedeute für die neutralen Staaten eine Herabsetzung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Alle diese Dinge beweisen, daß der Friede von Versailles ein weltwirtschaftliches Chaos zurückgelassen habe. Deutschland sei das Land der geringsten Arbeitslosigkeit; jedoch müsse man sich darüber klar sein, daß diese Blüte nur eine Scheinblüte sei, herbeigeführt durch den Zusammenbruch unserer Valuta. Unsere gesamte Güterproduktion stehe hinter der von 1913 um mehr als 50 Proz. zurück. Dies sei zum Teil eine Folge des ganzen oder teilweisen Verlustes des Saargebietes und Oberschlesiens.

Nach längeren wirtschaftspolitischen Erörterungen kommt Stresemann auf

Stinnes

zu sprechen. „Den wir“ — wie er bemerkt — „mit Freuden den unseren nennen“. Er weist die Vorwürfe zurück, die gegen Stinnes' provokatorische Benennung der aus seinen Redereien hervorgegangenen Schiffe erhoben worden seien. Auch im Ausland seien die Schiffe mit Jubel begrüßt worden. Auf die Angriffe der Linken gegen die politisierenden Heerführer habe er zu erwidern, der Feldherr führe dann das Wort im staatsmännischen Rollen, wenn auf der anderen Seite keine Staatsmänner sthen.

Besser könne es in der Welt nur durch die deutsche Wirtschaft und ihre weltwirtschaftliche Auswirkung werden. Die Frage, ob die Reichsregierung ein deutsches Programm vorzulegen habe, vermöge er nicht zu beantworten, da gerade in diesen Stunden alle Dinge in Fluß seien. Das wichtigste Problem sei das der Kriegsentwöhnung. Mit der Redensart „wir zahlen keinen Pfennig“ sei es nicht zu machen. Wir müssen bis an die Grenze unserer Kraft dem Feinde geben, was wir können. Das muß jede Regierung anerkennen. Aber wir lehnen es ab, einen Wechsel zu unterzeichnen, den zu erfüllen wir nicht in der Lage sind. Und ferner: ein Kooratorium, eine Stundung ohne Herabsetzung der Kriegsschuldigung, bringt die Weltwirtschaft nicht aus dem jetzigen Zustand heraus. Es hat gar keinen Sinn, im Jahre 1921 etwas Unmögliches zu stunden bis zum Jahre 1923. Wir können nur mit Sachleistungen bezahlen. Man müsse sich fragen, ob nicht

der Weg einer internationalen Anleihe

gegeben sei, um für die nächste Zeit überhaupt einen Uebergang zu schaffen. Die Staatsbahnen dürfen nicht dem Devalutakapital ausgeliefert werden. Er begrüße die Industrievorschläge, wie die Erklärung der Arbeitnehmer, sie zu prüfen.

Nach einer scharfen Kritik an der imperialistischen Politik Frankreichs betont Stresemann den deutschen Einheitsgedanken und bittet seine süddeutschen Freunde, diesen Gedanken unter dem großen außenpolitischen Gesichtspunkt zu betrachten. Wer jetzt eine aktuelle Lösung der monarchischen Frage in Süddeutschland anstrebe, der müsse sich die Frage vorlegen, ob er nicht an die Einheit des Deutschen Reiches die Mt lege.

In diesem Zusammenhang behandelt Stresemann die Frage der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Großen Koalition.

„Wenn Sie jemand an die Spitze einer Partei stellen, dann dürfen Sie ihn nicht nach allen Seiten praktisch einengen, sondern müssen ihm die Möglichkeit lassen, seine Persönlichkeit einzulegen und seine Ideen durchzubringen. (Lebhafter Beifall.) Der Führer darf nicht zusehen, wie andere für ihn Politik treiben, und es nachher der Mehrheit überlassen, hinter dieser Politik herzutreten. Wir haben eine viel zu nachgiebige Politik gegenüber den Konservativen betrieben. Die Republik hat noch keine moralischen Eroberungen gemacht. Ueberall, wo es sich um das Bekenntnis von Deutschland handelt, hat jeder Arbeiter seine Pflicht getan. Ist ein rein bürgerliche Regierung in der letzten Zeit wünschenswert? Wenn man uns zu einer Politik des Rechtsblocks führt, so werden wir uns ihrer nicht entschließen, aber wünschenswert ist sie nicht.“ Stresemann schließt mit einem begeistert aufgenommenen Bekenntnis zum Deutschtum. — Nach einer Pause hält Professor Kahl das Referat über die

Reform der Rechtspflege.

Die Deutsche Volkspartei werde alle Angriffe auf die Unabsehbarkeit der Richter abwehren. Es müsse allen Bestrebungen entgegengetreten werden, die für das Berufsrichtertum eine Auslese nach politischen Gesichtspunkten eintreten lassen wollen. Kahl wendet sich gegen eine direkte Volkswahl der Richter und hält die Frage der Hinzuziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum im Augenblick nicht für spruchreif. Die Zulassung der Frauen zum Berufsrichtertum sei gleichfalls abzulehnen. Weiter wendet sich Kahl gegen die Abschaffung der Todesstrafe und fordert hierfür alternative Strafandrohung. Vor allem müßten die Arbeitswilligen geschützt werden!

Es folgte eine ausgedehnte Aussprache. Bei der Abstimmung wird ein Vertrauensvotum für die Reichstags- und preussische Landtagsfraktion unter lebhaftem Beifall angenommen. — Einstimmig angenommen wird ein Antrag Becker über die Unabhängigkeit der Richter, ferner Entschuldigungen Berlin, die die Veröffentlichung einer Gegenliste der Kriegsverbrecher und Schaffung eines Denkmals für Oberschlesien und die entfallenden Gebiete verlangten.

Um 7 Uhr wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Eine Anfrage an Voßig. Der Abgeordnete Haenisch (Soz.) hat im Landtag eine Anfrage eingebracht, ob die Regierung bereit ist, zur Bekämpfung der Dolchstoßlegenden Schriften, wie „Kommen wir im Herbst 1918 weiter kämpfen?“ von Dr. Adolf Rötter und „Der Sieg war zum Greifen nahe!“ amtlich jedem Schüler der höheren Lehranstalten und der oberen Klassen der Volksschulen zur Verfügung zu stellen. Ferner wird verlangt, den Schüler- und Lehrerbibliotheken amtliches Aufklärungsmaterial über Vorgehensweise und Ausgang des Krieges einzujureihen.

Die kommende Erhöhung der Personentaxe. In einem Berliner Blatt ist die Mitteilung enthalten, daß die Reichsbahn beabsichtige, die Personentaxe am 1. Februar n. J. um 75 Proz. zu erhöhen. Diese Nachricht, der das Reichsverkehrsministerium fernsteht, eilt den Tatsachen voraus. Die fortgeführten Preissteigerungen der letzten Monate belasten den Haushalt der Reichsbahn so sehr, daß mit einer weiteren Steigerung der Personentaxe zu rechnen ist. Zurzeit finden deshalb, und zwar zunächst lediglich innerhalb der Verwaltung, hierüber Ermittlungen statt. Ob eine Erhöhung um 75 Proz. nötig sein wird, hängt von der gesamten Preisentwicklung ab.

Perse und Auswärtiger Ausschuss. Herr Reichstagsabgeordneter Julius Koppich schreibt uns:

„Der Erklärung des Kollegen Conrad Haushmann im Morgenblatt des „Vorwärts“ vom 30. November schreibe ich mich vollständig an. Auch ich habe mit keinem Menschen ein Wort über den Inhalt der Ausschussführung am 28. November gesprochen, noch ein Wort darüber geschrieben.“

Wirtschaft

Die Arbeitslage der deutschen Industrie.

Unser Kasseler Berichterstatter schreibt uns: Am Dienstag abend sprach in der überfüllten Stadthalle zu Kassel der Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt über die deutsche Wirtschaftslage. Das Interessanteste an seinen Ausführungen waren die Zahlen über die Arbeitslage der deutschen Industrie. So beschäftigt die Textilindustrie immer erst 80 Proz. ihrer Spindeln, genau so sind die Webereien noch nicht ausgenutzt. Der Grund liegt in der mangelhaften Belieferung mit Kohlen. Der Bauparkt ist vollkommen unbefriedigend. Auch in der Eisenindustrie sind eine große Anzahl von Hochöfen noch nicht in Tätigkeit, trotzdem wir doch in Eisen-Vorräten den größten Teil unserer Hüttenindustrie verloren haben. Unser fortgesetzter Mangel an Kohlen geht auf unsere Zwangslieferungen an die Entente zurück, die wir halb geschenkt liefern müssen. Wir bekommen bloß 5 Goldmark für die Tonne, während die englische Kohle das Vierfache kostet, alles daher, weil wir im Friedensvertrag verpflichtet werden, die Reparationsstoffe zum deutschen Inlandspreis zu liefern. Der Kohlenmangel behindert auch die vollkommene Ausnutzung der Konjunktur z. B. in der Zement- und Kalkindustrie, für die heimische Rohstoffe genügend vorhanden sind. Wie trügerisch das Bild unserer Wirtschaft ist, wird durch die Tatsache erhellt, daß wir ein steigendes Passivum unserer Handelsbilanz haben. Während der Einfuhrüberschuß in den beiden Monaten Juni und Juli zusammen 1 Milliarde Papiermark ausmachte, haben wir im September allein 2½ Milliarden Einfuhrüberschuß! Daraus ergibt sich, daß es in mancher Beziehung nicht auf Erhöhung der Produktion, sondern darauf ankommt, neue dauernde Absatzmärkte zu finden. Die deutsche chemische Industrie leidet unter der Konkurrenz im Auslande, die während des Krieges stark geworden ist. Die Landwirtschaft hat sich wieder erholt. Wir haben vor dem allzu unermittelten Uebergang zur freien Wirtschaft leider vergeblich gewartet. Die Hauptursache der Preissteigerung liegt in der Entwertung der Mark. Der Grund zu dem Valutasturz beruht u. a. an der bisherigen Unterlassung der Erfassung der Sachwerte. Der Tiefstand der Mark wirkt katastrophal. Die Tonne amerikanischer Weizen kostet 14 000 M. gegen 240 M. vor dem Kriege. Der jetzige Inlandspreis beträgt 7000 M. und ist in seiner wucherischen Ausnutzung der Konjunktur nicht zu verteidigen. Auch die Preise für Butter und Milch sind ungerechtfertigt. Die Teuerung in Deutschland ist am größten, von Rußland, Polen und Oesterreich abgesehen. Das beweisen folgende Innderzahlen: Amerika 129, England 183, Frankreich 231, Italien 580, Deutschland 1949!

Für die Besizer guter Valuten ist Deutschland allerdings spottbillig. Im Grenzverkehr kamen während des Oktober 121 000 Personen aus Dänemark, um in Deutschland zu hamstern. Wir mußten daher den Grenzverkehr unterbinden. Sehr wichtig wäre es, daß man den Eisenmarkt ebenso binden würde, wie man die Preisgestaltung der Kohle gebunden hat. Würden wir die Kohle freigeben, es gäbe Preisentwicklungen, die alles bisherige in den Schatten stellen würden.

Devisenkurse.

Die Kursbewegung der fremden Zahlungsmittel in den letzten Tagen geht aus folgender Zusammenstellung amtlicher Notierungen der wichtigsten Devisen hervor:

	29. 11.	30. 11.	1. 12.
100 holl. Gulden	9849 15	8601 30	6093 80
100 belg. Francs	1818 15	1628 35	1298 70
100 schwed. Kronen	6488 50	5744 25	4485 55
100 Lire	1123 85	994 —	789 20
1 Dfl. Siedling	1098 90	974 —	751 70
1 Dollar	245 97	244 75	189 81
100 franz. Francs	1910 55	1698 30	1408 55
100 Schweiz. Franken	5254 70	4645 35	3846 15
100 österr. Kronen abgeseh.	7 23	7 08	7 08
100 tschech. Kronen	298 70	287 70	200 75

Die Teuerung beträgt also rund 1/4, der Kurs der Mark vom Dienstag. In demselben Ausmaße hat sich die Kaufkraft der Mark gebessert.

Die Betriebslage der Eisenbahnen.

Das Reichsverkehrsministerium gibt zusammen mit dem Reichskohlenkommissar über die augenblickliche Eisenbahnbetriebs- und Kohlenlage folgende Mitteilung bekannt:

Die Betriebslage der Eisenbahn ist zurzeit äußerst gespannt. Schon seit Monaten verlagert ein großer Teil der Wasserstraßen; die starke Kälte der letzten Tage hat den Verkehr auf den für den Kohlenverkehr wichtigsten Kanälen, dem Rhein-Herns-Kanal und dem Dortmund-Ems-Kanal völlig zum Erliegen gebracht. Der Güterandrang auf die Eisenbahn erfährt ferner durch die augenblickliche Hochkonjunktur, die eine Folge des Valutasturzes der Mark war, eine starke Verschärfung. Nach dem Bestreben der Versender, möglichst noch vor der am 1. Dezember eingetretenen Frachterhöhung ihre Waren zum Versand zu bringen, brachte einen ungewöhnlichen Ansturm auf die Bahn. Das seit über 8 Tagen eingetretene Frost- und Nebelwetter bringt nunmehr den aufs höchste angepannten Eisenbahnbetrieb in solche Schwierigkeiten, daß namentlich auf den Rangierbahnhöfen Störungen bereits an den verschiedensten Stellen eingetreten sind, und daß vor allem der Wagenmangel scharfe Formen annimmt.

Die Durchführung des Eisenbahnbetriebs hat eine vorübergehende Verkehrsdroßleistung durch Güterannahmeperrnen erforderlich gemacht, damit die lebenswichtigen Güter, vor allem die Kohle, in erster Linie gefahren werden könne. Eine Besserung ist erst zu erwarten, wenn die für den Eisenbahnbetrieb an vielen Stellen außerordentlich ungünstigen Witterungsverhältnisse (Frost und Nebel) sich ändern. Die Witterungsunsicherheit fñhrt bekanntlich auch in der Vorkriegszeit zu teilweise empfindlichen Störungen des Eisenbahnbetriebs. Daß sie heute das Wirtschaftsleben in stärkster Weise bedrohen, und daß vor allem das Stöden in der Kohlenversorgung, zu vorübergehender Arbeitslosigkeit und zu Störungen in den Gas- und Elektrizitätswerten führen kann, hängt mit dem Fehlen von Kohlenvorräten bei Verbrauchern und Händlern zusammen, während man vor dem Kriege eine Vorratswirtschaft im starken Umfang betrieb. Solange der Bergbau nicht in der für die Kohlenabfuhr günstigen Jahreszeit zu einer gesteigerten Leistung kommt, und solange nicht die Entente bei der Durchführung unserer Kohlenlieferungsverpflichtungen auf die Schwierigkeiten unserer Lage Rücksicht nimmt, werden wir weiter von der Hand in den Mund leben und uns mit plötzlich entstehenden wirtschaftlichen Störungen abfinden müssen. Daß Eisenbahnerverwaltung und Reichskohlenkommissar alles daran setzen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden und sie auf ein Mindestmaß zurückzuführen, braucht nicht besonders gesagt zu werden.

Erhöhung der Kohleisenpreise. Die Preise für Kohleisen wurden mit Wirkung vom 1. Dezember ganz bedeutend erhöht. Die Preissteigerung wird mit der Kohlenpreiserhöhung, der Frachtpreissteigerung, den gestiegenen Löhnen und ausländischen Erzpreisen begründet. Hämatisch stellt sich nach den neuen Festsetzungen auf 3391 Mark (um 1191 M. höher), Siedereisen I auf 3326 M. (um 1126 M. höher) und Siedereisen II auf 3250 M. (1126 M. höher). Die Preissteigerungen betragen also 45—50 Proz. Weitere Steigerungen der Kohleisenpreise werden angekündigt im Hinblick auf die Verteuerung der Siegerländer Eisensteinerze, deren Umfang noch nicht feststeht.

Gewerkschaftsbewegung

Rein Betriebsvertreterkongress.

Die Antwort der Spitzenverbände.

Die von dem Friseurgeschäftsinhaber Wallach aus Stuttgart geleitete Versammlung von Betriebsvertretern und sonstigen Teilnehmern am 23. November in Berlin hat bekanntlich eine längere Enschließung gefaßt, die vor allem vom ADGB und der IFA die Einberufung eines allgemeinen Deutschen Betriebsvertreterkongresses innerhalb 14 Tagen verlangt. Die Versammlung wählte eine Kommission zur Überwachung der Durchführung dieser Resolution. Dem Beauftragten dieser Kommission, Louis Fleisch, bei der Allgemeinen Berliner Ortskrankenkasse, haben die Vorstände des ADGB und des IFA-Bundes sowie die Betriebsrätezentrale unterm 1. Dezember folgenden Bescheid gegeben:

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 25. November können wir Ihnen mitteilen, daß die Gewerkschaften sich des Ernstes unserer gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage durchaus bewußt sind, es aber gerade im Interesse der Erhaltung einer geschlossenen gewerkschaftlichen Kampfesfront für bedenklich halten, wenn immer wieder versucht wird, im Augenblick der schärfsten wirtschaftlichen Krise neue und

willkürlich zusammengesezte Vertretungen

der Arbeitnehmer zu bilden. Die gewerkschaftlichen Organisationen und ihre gewählten Körperschaften müssen es ablehnen, die Verantwortung für Aktionen zu tragen, die von irgendwelchen fliegenden Kommissionen eingeleitet werden.

Bei den Betriebsräten ist ein solches Vorgehen um so weniger zu billigen, als der erste Reichsbetriebsrätekongress eine mit dem ADGB und IFA-Bund organisch verbundene Betriebsräteorganisation geschaffen hat. Es kann von uns nicht erwartet werden, daß wir unter Ausschaltung der

Innerhalb der freien Gewerkschaften

bestehenden Betriebsräteorganisation nunmehr Direktiven einer völlig systemlos zusammengesezten Kommission einzelner Betriebsräte entgegennehmen sollen.

Gleichwohl haben die beiden unterzeichneten Vorstände die soziale Notwendigkeit des von Ihnen angeregten Reichsbetriebsrätekongresses geprüft. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß sich die Aktivität der organisierten Arbeiter und Angestellten, wie sie durch die wirtschaftliche Lage jetzt bedingt ist, keineswegs in der Veranstaltung von Betriebsrätekonferenzen auswirken müßte. Die Gewerkschaften haben ein wirtschaftliches

Programm zur Sanierung der Reichsfinanzen

und damit auch zur Milderung der bestehenden Leuerung herausgebracht, für dessen Erfüllung sie kämpfen werden. Wir rechnen in diesem schweren Kampf auch auf die Unterstützung der Betriebsräte, denn es kommt darauf an, daß die von uns eingeleitete Bewegung vor allem auch Kritik von den breiten Schichten der Arbeitnehmer getragen wird. Es wird also Aufgabe der Betriebsräte sein müssen, besonders dahin aufzufahren zu wirken, daß es nicht genügt, Lohnbewegungen zu machen, sondern daß die Gewerkschaften die Gewerkschaften darin unterstützen müssen,

die Ursachen der anhaltenden Leuerung

und der Not zu beseitigen. Diese aufwändige Kleinarbeit, in der die wesentliche Voraussetzung für eine Steigerung unserer Aktionskraft liegt, kann auf keinen Fall durch die dauernde Veranstaltung von Betriebsrätekonferenzen ersetzt werden, und es muß auch einmal erklärt werden, daß die Inanspruchnahme der von der organisierten Arbeitnehmerschaft aufzubringenden Organisationsmittel für Kongresse nicht unbegrenzt sein kann. Es findet u. a. am 5. Dezember ein großer

Reichsbetriebsrätekongress für die Metallindustrie

in Leipzig statt, der rund 1000 Teilnehmer umfassen dürfte, und es ist wirklich nicht zu rechtfertigen, nun zu gleicher Zeit einen zweiten Kongress im Sinne Ihres Vorschlages abzuhalten, der sich weder im Umfang noch in der Auswirkung von der Leipziger Tagung unterscheiden könnte.

Es wird in nächster Zeit Gelegenheit gegeben sein, auf den großen Ausschüssen des ADGB und des IFA-Bundes

das Steuerprogramm der Spitzenverbände

weiter zu behandeln und die erforderlichen Beschlüsse zu fassen, und es besteht daneben noch die Möglichkeit, auch durch Einberufung des gewählten Beirates der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale dessen Wirksamkeit zu sichern.

Wir bewerten schließlich noch, daß die von Ihnen neben den wirtschaftlichen Fragen angeschnittene Forderung der Amnestie für die politischen Gefangenen in erster Linie

Sache der politischen Arbeiterparteien

sein muß. Wir verlernen keineswegs die Zusammenhänge von Politik und Wirtschaft, können aber nicht zugeben, daß nur durch Vermittlung einzelner Betriebsräte der Aufgabenkreis von Parteien und Gewerkschaften völlig vermehrt werden soll.

Andem wir Ihnen unsere sachliche Auffassung zu dem eingeleiteten Vorschlag mitteilen, muß auch von den Betriebsräten erwartet werden, daß ihr Verkehr mit den Gewerkschaften künftig im Rahmen der selbst geschaffenen Betriebsräteorganisation vor sich geht.

Mit gewerkschaftlichem Gruß!

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund. Der Vorstand. gez. Th. Seipart.
Allgemeiner Freier Angestelltenbund. Der Vorstand. gez. B. S. G.
Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale. gez. Prolet. Köppl.

Hilfsaktion für die Inhaftierten.

Der Zentralrat der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale tagte unlängst um Stellung zu nehmen zu der rapide fortschreitenden sozialen Verelendung der Massen und zu der durch die Hungerstreiks der politischen Gefangenen in den verschiedenen Zuchthäusern und Gefängnissen akut gewordenen Frage der Amnestie. Zu den Wirtschaftsfragen beschloß der Zentralrat, im Laufe der nächsten Wochen eine Generalversammlung der Betriebsräte einzuberufen, die sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigen soll. In der Amnestiefrage kam der Zentralrat zu der Auffassung, daß es nicht opportun erscheint, eine Generalversammlung der Betriebsräte für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin wegen dieser Frage einzuberufen. Er ist der Meinung, daß es unbedingt notwendig ist, das Proletariat auf seine Pflicht

aufmerksam zu machen, praktische Solidarität den Inhaftierten und deren Familien gegenüber zu üben. Zu diesem Zwecke beauftragte er seine kommunikativen Mitglieder, mit der alten Unterstützungskommission in Verhandlungen zu treten und die Liquidation derselben herbeizuführen. Diese Verhandlungen fanden statt. Die Liquidation wird schnellstens erfolgen, so daß dann die neue Unterstützungskommission, über deren Zusammensetzung Einverständnis erzielt wurde, mit einem Appell an die Arbeiterschaft zur Unterstützung der bedauernswerten Opfer der Justiz herantreten kann. Die Verhandlungen werden so beschleunigt werden, daß die nächsten stattfindende Generalversammlung der Betriebsräte in dieser Frage endgültige Beschlüsse zu fassen vermag, um dann durch Herausgabe von Sammellisten zur wirklichen Solidarität aufzurufen.

Wir bitten also die gesamten Arbeiter und Angestellten, schon jetzt in den Betrieben mit eigenen Listen die Sammelstätigkeit aufzunehmen, daß, wenn die Generalversammlung die neue Unterstützungskommission gebildet hat, ihr die unbedingt notwendigen Gelder so zuführen können, daß zu Weihnachten diesen Familien noch eine Freude bereitet werden kann.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Generalversammlung der Transportarbeiter.

Die Bezirksverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Transportarbeiterverbandes hatte zu Montag ihre ordentliche Generalversammlung einberufen, um zu dem Geschäfts- und Kasienbericht vom 3. Quartal Stellung zu nehmen. Der Bericht lag der Versammlung vor und fand durch den Bezirksleiter Dr. Mann und den Kassierer Brehle eingehende Erläuterung. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß im verfloßenen Quartal 133 Angriffsbewegungen ohne Streik und 7 Bewegungen mit Streik geführt worden sind. In diesen Bewegungen waren beteiligt 9006 Betriebe mit 100.666 Beschäftigten. Der hierdurch erzielte Mehrlohn beträgt pro Woche 4.892.775,09 M.

Die antitorische Tätigkeit fand ihren Ausdruck in der steigenden Zahl der Sitzungen und Versammlungen. Soweit solche durch angeordnete Funktionen wahrgenommen worden sind, haben folgende Versammlungen 917 Betriebsbesprechungen, 1803, Funktionärkonferenzen 522, Verhandlungen 2302. In Neuaufnahmen sind vollzogen worden: Männliche 4613, Weibliche 2175, Junendliche 583, zusammen 7371. An Uebertreten aus anderen Organisationen sind vollzogen worden 1380. Der Arbeitsnachweisbericht enthält folgende Zahlen: Stellungsanhönde 20.047, gemeldete Stellen 12.563, besetzte Stellen für 3142. für Zuschüsse 6992. — Der Kasienbericht ergibt eine Einnahme inklusive des Ortsstellenbestandes vom Vorquartal von 6.944.881,97 M. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 1.592.746,75 M. Der Ortsstellenbestand ist von 2.533.078,45 M. auf 2.677.624,16 M. gestiegen. An die Hauptkasse wurden abgeführt 2.734.510,25 M. und zwar in bar 1.879.424,45 M., an Belegen für Arbeitslosenunterstützung 172.841,96 M., an Krankensunterstützung 212.612,45 M., an Unterstützung in Todesfällen 23.178,— M., an Rostkostenunterstützung 5.555,— M., an Streik- und Gemahrgeldentwertung 422.588,15 M., an diversen Belegen 18.310,25 M.

In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Lohnbewegungen sämtlich einheitslicher zu führen sind und daß die größeren Gruppen und Branchen die Bewegungen zusammenfassen, um die gewerkschaftliche Stoßkraft zu erhöhen. Kritisiert wurde, daß der Beschluß der letzten Generalversammlung, den 9. November durch Arbeitsruhe zu feiern, nicht ausgeführt worden ist. Bezüglich der Beitrittserleichterung wurde gewünscht, daß diese mehr auszubauen sei damit die Beiträge pünktlicher eingezogen werden. Von der Zeitung wurde zweifelt, daß ob 1. Dezember d. J. die wöchentliche Kasse durchzuführen wird. Ferner wurde auf die ab 1. November d. J. geltenden neuen Beitragsätze hingewiesen und die Ermartung ausgesprochen, daß jedes Mitglied sich entsprechend seinem Verdienst einrichtet und den für sein Lohnentkommen fallenden Beitragssatz entrichtet. Von den Funktionären wird erwartet, daß sie in allen Betrieben scharfe Buchkontrollen ausüben, um der Organisation die erforderlichen finanziellen Mittel zuzuführen.

Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entloftung erteilt.

Die nach auf der Tagesordnung stehenden Anträge wurden infolge des Elektricitätsausfalls bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt.

Verlegenheit der Brauereibesitzer.

Die Brauereibesitzer lehnen es ab, den Niederlagsarbeitern die gleiche Zulage von wöchentlich 100 M. zu zahlen, wie sie die Brauereiarbeiter bekommen. Zur Begründung ihres Verhaltens führen sie an, Unternehmer aus der Provinz hätten sich in Aufschritten an den Arbeitgeberverband des Vereins der Brauereien darüber beschwert, daß die auf den Bierneiederlagen beschäftigten Arbeitnehmer gegenüber den anderen Industrienruppen zu viel verdienen. Um nicht noch mehr Karger bei den Beschwerdeführern zu erregen, könne man den Niederlagsarbeitern die Zulage nicht machen. Da man die Forderung nicht als übertrieben oder unberechtigt hinstellen kann, kommt man mit solchen Argumenten, stellt die Rücksicht auf die Politik schlechterer Lohnzähler höher als die Rücksicht auf die Existenz der eigenen Arbeiter, wobei zuzugeben werden soll, daß der einseitige Standpunkt dem Profitinteresse besser angepaßt ist. Selbst wenn die Lohnforderungen von 440 M. in Gruppe 1, 420 M. in den Gruppen 2 und 3 voll bewilligt werden, reichen diese Löhne nicht aus, um bei der gegenwärtigen, sich noch weiter verschärfenden Leuerung auch nur eine sehr bescheidene Existenz zu fristen.

Wer wolle behaupten, daß in Städten, um einige aus der Gruppe 1 hervorzuholen, wie Bernau, Oranienburg, Nauen, Jossen, Brandenburg, Potsdam, Herf, Fürstenwalde, Eberswalde, Frankfurt a. d. O. usw., man mit einem Lohn von 440 M. anständig leben kann.

Nachdem der Versuch der Brauereien abgewehrt war, noch eine weitere Klassifizierung der einzelnen Lohngruppen einzutreten zu lassen, erklärten sich die Brauereien nach mehrstündiger Verhandlung bereit, eine einheitliche Erhöhung in allen Gruppen von 90 M. die Woche einzutreten zu lassen. Demnach soll der Lohn in der Gruppe 1 420 M. und in den beiden anderen 410 M. und 390 M. betragen.

Die Verhandlungskommission hat es abgelehnt, diesem Angebot zuzustimmen. Es werden nun die Arbeitnehmer auf den einzelnen Niederlagen darüber entscheiden, ob es angemessen werden soll.

Sollten sich erneut Lohnverhandlungen ergeben, wäre es schon notwendig, daß die Arbeitnehmer mehr die Rolle der Arbeitnehmer, als die „Rot“ der rückständigen Industrieunternehmen berücksichtigen.

Streikklub in Düsseldorf.

Düsseldorf, 1. Dezember. (Eig. Drahtber.) Seit drei Wochen tobt in Düsseldorf der Streik der 60.000 Metallarbeiter um bessere Existenzbedingungen. Der Dortmunder Schiedspruch war derart, daß auch der Reichsarbeitsminister seine Verbindlichkeitserklärung ablehnte. Eine Wendung trat ein, als ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums bei den Verhandlungen in Köln den Vorschlag machte, daß der Lohn der gelernten Facharbeiter zusätzlich der sozialen Zulagen mindestens 13,50 M. für die Stunde betragen soll. Dazu soll für alle Hüttenarbeiter die sogenannte Hüttenzulage von 1 M. pro Stunde treten. Es sollen keine Maßregelungen durchgeführt werden, mit Ausnahme gegen Leute, die sich etwaige Terrorakte zuschulden kommen lassen. Hierüber soll von einem besonderen Schlichtungsausschuß entschieden werden. Hierauf sagten die Arbeitervertreter einer Urabstimmung zu, die am Montag und Dienstag stattfand. Das Ergebnis war, daß die christlichen Metallarbeiter mit 79 Proz. für die Wiederaufnahme der Arbeit stimmten. Bei den Hirsch-Dunderschen ergab sich gleichfalls eine Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit. Bei den freigewerkschaftlichen Arbeitern aber stimmten 83 Proz. für die Weiterführung des Streiks. Der Bezirk Gerresheim, der sehr stark ist, lehnte eine Abstimmung überhaupt ab, sprach sich aber auch für die Weiterführung des Streiks aus. Dadurch, daß die Christlichen und die Hirsch-Dunderschen den Streik als erledigt betrachten und die Parole ausgaben, wieder in die Betriebe zu gehen, sahen sich die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes gezwungen, auch ihrerseits einen Abbruch des Kampfes zu empfehlen. Die Arbeit soll Freitagmorgen wieder aufgenommen werden.

Seiten ist ein Streik mit sozialer Entschiedenheit geführt worden als dieser. Die Unternehmer wandten alle Mittel an, um die Arbeiter auf die Knie zu zwingen. Aus diesem Grunde stifteten sie einen 20-Millionen-Fonds zur Bekämpfung der Streikenden. Zur Unterstützung der Streikenden hat das Gewerkschaftsamt eine großzügige Kinderkantine eingerichtet. Täglich wurden 5000 Kinder mit fröhlicher Nahrung aus Gulaschkanonen gespeist. Die Speisung soll auch noch mehrere Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit fortgesetzt werden.

Ein internationaler Holzarbeiterkongress wird im Juni 1922 in Wien togen.

Der löhrlingliche Bergarbeiterstreik ist zusammengebrochen und die Arbeitsaufnahme im Saargebiet ist allgemein durchgeführt. Der Streik hatte von vornherein nur wenig Aussicht auf Erfolg, weil sämtliche Gruben noch über starke Haldeenvorräte verfügten.

Zentralverband der Reichsinnen- und Heiser. Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung Sonntag 19 Uhr bei Pastor. W. Schütz. 17. SPD. Stadtklub. Bezirk 5 Uhr Versammlung der SPD. Stadtklub und Bezirksvereine im Gewerkschafts-Haus, Algensteinstr. 44. Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung.

Drahtber. Reichsinnen- und Heiser. Freitag 15. Podgruppe Papier Generalversammlung Freitag 3 Uhr im Schütz, Neue Joh. 24/25. Vorstandswahl.

Aus der Partei.

Aufwärtsentwicklung in Schleswig.

Unsere Genossen in Schleswig hielten kürzlich ihren diesjährigen Bezirksparteitag ab. Wie aus dem Bericht zu ersehen war, kann der Bezirk mit der Entwicklung im letzten Jahr durchaus zufrieden sein. Die Mitgliederzahl ist vom 82.064 auf 86.287 gestiegen. Die Ortsvereine haben sich von 282 auf 304 vermehrt. 7 Ortsvereine wurden außerdem an die dänische Bruderpartei abgetreten. Sehr bemerkenswert ist es, daß gerade in den Landbezirken die Stimmzahl erheblich gewachsen ist, so daß das Land heute die Hauptstütze der Arbeiterbewegung in Schleswig ist. Die Schleswiger Arbeiterjugend vermehrte ihre Mitgliederzahl von 1600 auf 2105 zu steigern. Mit Genugtuung wurde die Mitteilung des Vorstandes aufgenommen, daß gegen einen zweiten Putsch nach dem Rufier Kapps alle Uebereinstimmungen getroffen sind.

Die Werbewoche im Bezirk Hannover-Braunschweig brachte nach den bisher gemeldeten Ergebnissen eine Zunahme von rund 3400 männlichen und 1000 weiblichen Mitgliedern. Außerdem wurden noch gewonnen 3500 neue Zeitungsläser. Von vielen Ortsvereinen ist eine Meldung bisher nicht eingelaufen. Es wird sich also die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder und Zeitungsläser noch erheblich erhöhen. Trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zurzeit die Arbeiterschaft besonders auch in den größeren Orten dieses Bezirks bedrücken und trotz der Hitze, die besonders von den ganz linksradikalen gegen uns geführt wurde, ist dieser schöne Erfolg erungen. Die Genossen im Bezirk Hannover-Braunschweig dürfen stolz sein auf dieses Ergebnis. Möge es ein Ansporn zu weiterer pflichtgetreuer Arbeit in der Partei sein.

In der Werbewoche des Bezirks Niederrhein, die in der Zeit vom 13. bis 20. November stattfand, veranstaltete die Partei 62 öffentliche Versammlungen mit dem Thema: „Drei Jahre Republik“, die in den Unterbezirken Eberfeld, Solling, Düsseldorf, Essen, Duisburg und dem Bezirk Kreisfeld stattfanden. Es referierten die Berliner Genossen Otto Braun, H. Lüdemann, Ernst Heilmann, Dr. Richard Rohmann, Franz Krüger und der Genosse Veinert; Parteipräsident Runge-Köln, Reichstagsabg. Sellmann und eine Anzahl Abgeordneter und Sekretäre des Bezirks. Die Versammlungen waren allgemein auf besucht und zeigten überall agitatorische Erfolge. Die U.S.P. trat in der Diskussion überhaupt nicht mehr in Erscheinung, während hier und da ein Kommunist die bekannten Phrasen droh, jedoch nirgends Anerkennung fand. Alle Versammlungen verliefen ungehindert, ein Zeichen dafür, daß der Gefährdungsprozess in der Arbeiterbewegung sich in dem bisher sehr stark unabhängig und kommunistisch durchsetzten industriellen Westen zu unseren Gunsten vollzogen hat.

Verantwortl. für den rebakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Rorwärtig-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Einbinder: L. Cirjan 1. Verlag.

für Herren- u. Damen-Bekleidung
bests Fabrikate, große Auswahl, Verkauf modernster
Stoffe Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21.



Worauf Sie achten müssen:

1. auf die gelben wellenförmigen Streifen der Packung,
2. auf die Schreibung Classe mit C in Verbindung mit unserem Fabriknamen,
3. auf die geflügelten Worte „Urteilen Sie selbst.“

Dann erhalten Sie die richtige, die **Massafy-Classe** zu 50. S.

Groß-Berlin

Der Notruf deutscher Städte.

Das Reich muß helfen.

Vertreter des Deutschen Städtetages und des Reichstädtetages haben im Anschluß an ihre gemeinsame Tagung vom 11. November in der Mittwochsung des Steuer-

Das Recht auf Demonstrationen.

Eine Besprechung beim Polizeipräsidenten.

Der Berliner Polizeipräsident hatte zu Donnerstag mittag die Vertreter der politischen Parteien und der Gewerkschaften zu einer Besprechung zu sich gebeten, um eine gegenseitige Aussprache her-

Warum sind die Mäntel so teuer?

Auf dem Grundstück Raumnstr. 54 hatte der Schneidermeister Petras den hinteren Eingang zu seinen Räumen aus Besorg-

Ein Untersuchungstag beim Schularzt.

Die furchtbaren Kriegsjahre. — Elternlos und ohne Heim.

Die Untersuchung des neuen Berliner Jahrgangs findet im geräumigen und gut geheizten Physikalzimmer statt. Die Mütter sind schon alle verammelt und kleiden ihre Kinder aus. Die Gehilfin des Arztes erledigt bereits das Wiegen auf einer kleinen Standwaage.

Vor dem Arzt.

Der Arzt erscheint; ein seit Jahren in der Gemeinde angestellter, sehr beliebter Mann voll nachsichtigen, väterlichen Wesens, der vollständig in seinem Berufe aufgeht. Die Blicke der Mütter heften sich auf, die meisten haben ihm ja für seine treue Unter-

ihm, um das Proletariat festzustellen. Mit schwebenden Worten sucht er auf die Mutter einzuwirken: „Wenig Kinder besitzen Sie noch?“ „Nur diesen einen, Herr Schularzt!“

Unter Obhut der Dreizehnjährigen.

Dann tritt ein etwa 13jähriges Mädchen mit einem kleinen Knaben vor den Arzt. „Bist Du die Schwester?“ fragt der Arzt das in dürftige Lumpen gekleidete Kind. Sie antwortet mit „Nein!“

Es in einem Brief dem Bestohlenen mit einem schönen Gruß einen Zeitungsausschnitt mit der Überschrift: „Warum sind die Mäntel so teuer?“

Ein anderer Einbruch wurde in der vergangenen Nacht mit unerhörter Frechheit in der Jägerstraße ausgeführt. Gegen 5 Uhr drangen Einbrecher mittels Rastkessels durch die Tür der Aktienverwaltung der Preussischen Staatsbank Jägerstr. 22 ein.

Unglücksfälle in überfüllten Bahnabteilen.

Schadenersatzpflicht der Eisenbahn.

Das Reichsgericht hat sich kürzlich mit einem auf der überfüllten Stadt- und Ringbahn vorgekommenen Betriebsunfall beschäftigt und den Anspruch des Verunglückten auf Schadenersatz durch die Eisenbahn in vollem Umfange für berechtigt erklärt.

Kolonisten aus Weltsehmerz

Von Wilhelm Rheinus.

1) I. Schicksalsgefährten.

Nach dem La Plata Unterwegs, hatte ich das Glück, schon auf dem Dampfer einen Fernweggenossen in Gestalt eines in die Brüche gegangenen Schulmeisters zu finden, der war mit sich, seinen Vorgesetzten, seinen Schülern und der übrigen

Das kam allerdings erst zur Sprache, als die See ruhiger geworden war. In der ersten Woche unserer Reise beherrschte uns alle eine grenzenlose Gleichgültigkeit gegen unsere ver-

Am wenigstens schien Frau Luisa zu leiden, da sie Pflichten zu erfüllen hatte, an denen sie sich aufrechterhielt und stärkte. — Ich meine dem Pintischer und Kanarienvogel gegenüber.

Der Doktor mußte doppelt leiden, nicht allein an der See-

Gegenstand belastet und im übrigen intensiv auf gutes Wetter hofft. Er versuchte es zuerst mit einem mittelgroßen Koffer. Da ihm aber unter dem Druck die Klugen aus den Höhlen traten und Gefahr vorhanden schien, daß er bei Fort-

Er lag so den ganzen Tag. Am Abend kam er an Deck und beugte sich neben mir über die Reeling. Und wie es ihn packte! — Ich war überzeugt, daß der Hochdruck-Prozess die Sache verschärft hätte — fand aber nicht das Herz, ihm

Doch es ging vorüber, und als wir Madeira passiert hatten, war die See glatt und der Himmel wolkenlos. So erschien uns auch die Zukunft, als wir eines schönen Tages zusammen auf Deck saßen.

„Es beruhigt mich so,“ sagte Frau Luisa zu mir, „daß Sie uns begleiten wollen; mein Mann ist so entsetzlich unpraktisch.“

„Gute, ahnungslose Seele, dachte ich im Innern. „Liebes Kind,“ sagte der Doktor, „wir alle fangen ein uns neues Leben an und müssen also auch wohl alle anfangen wieder zu lernen. Aber ich hoffe, daß uns von dem unsern

„Wir werden,“ sagte der Doktor, den Blick sinnend nach Süden gerichtet, „manches entbehren müssen.“

„Das wollen wir ja gerade,“ warf ich ein. „Aber,“ fuhr jener fort, „wenn wir das gelernt haben,

sein, mit der Hand den Lürzrahmen zu fassen, um sich festzuhalten. Dieser Mangel an Schadenersatz durch den Eisenbahnsturz gab den Landgericht und Kammergericht nur teilweise statt, weil beide In-

Der Mord in der Meher Straße.

Die Leiche des Ingenieurs Saksenzahl, wurde gestern von der Rechtskommission und den Gerichtsärzten besichtigt. Dabei ergab sich, daß der Kopf nur eine Schuß-

werden wir wahrhaft glücklich sein, denn entbehren können, ist Glück.“

Und so bauten wir weiter auf der durch nichts gestörten weiteren Reise an unserem Lustschloß aus Urwaldstämmen, und waren froh und guter Dinge. Naß, der Pintischer, wurde angesteckt und raste auf dem Deck umher, und der Kanarienvogel zeigte, was ein echter harter Klingeltrollier ist.

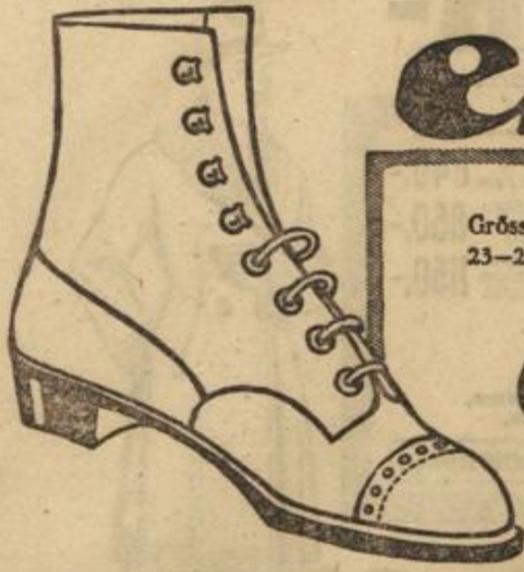
2. An der Grenze der Zivilisation.

Nachdem wir die Landungsformalitäten in Buenos Aires ohne Schwierigkeiten durchgemacht hatten, schiffen wir uns nach kurzem Aufenthalte in der prächtigen Metropole auf einem Rinddampfer ein, welcher uns nach einer Fahrt von mehreren Tagen den Paraná hinauf in einem Städtchen ans Land setzte, das gewissermaßen als Grenzposten der Zivilisation zu betrachten war. In einer

Es war ein herrlicher, klarer, frischer Augusttag, als wir dort landeten, ein Wetter, welches dem Ärgsten Griesgram ein Lächeln abgerufen hätte. Aber hier schien es keinen Griesgram zu geben. Ein harmloses, fröhliches, sorgloses, lebens-

Hier muß ich einhalten, daß wir schon auf der Reise spanische Studien getrieben hatten. In der Tat glaubte ich, daß der Doktor, als er sein Fußbod nahm, gerade dabei war, sich einige Phrasen zurecht zu legen, die uns im Verkehr mit dem Corretero usw. von Nutzen waren. Was er an Sprach-

100000 Paar Kinderstiefel enorm billig



Grösse 23-24 **33,50** Grösse 25-26 **42,-** Grösse 27-30 **59,-** Grösse 31-35 **65,-**

Leiser

Ein Kinder-Qualitätsstiefel, erzeugt aus Heeres-Ausrüstungsstücken, durchweg aus derbem Leder, breite, bequeme Form

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
D. Rosenkavalier
6 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Nathan der Weise
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theat.
7 1/2 U. Louis Ferdinand
Prinz von Preußen
So. 7 1/2 U. Louis Ferdinand
Prinz von Preußen

Kammerspiele
7 1/2 U. Der Schwierige
Sonnabend 8 U. Der
Hühnerhol

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Götz von Ber-
chtingen
Sonnab. 7 1/2 Uhr: Götz
von Berchtingen

Theater l. d.
Königgrätz. Str.
7 Uhr: Oskel Wanja
Sonnabend u. Son. tag:
Manon Lescaut
(Orska, Janssen, ldt.
Riemann, Picha, Jünger,
May, Rehkopf, Klupp,
Appelt)

Komödienhaus
7.30 Die Fahrt
Uhr ins Blaue
(Glissner, Richard, Engl,
Pröckl, Stieba)

Berliner Theat.
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts,
Pepi Zampa, Hb. Kiper

Residenz-Theat
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das weite Land
von Schützler.
Triesch, Korff,
Schron, Klein, Schön-
feld, Schneider - Nissen

Tranon-Theat.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Kümmere Dich
um Amelie!
Eug. Bury, Olga Limburg
Fink, Waza, Bendow,
Kaiser, Chandon

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Jacqueline
(Die Liebe wacht)
Carola Toole, Bertens,
F. Paikenstein, Bern,
Hans Albers, Mamelok,
Sbd. 4. Schneewitzchen

Theater d. Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 Uhr
Mit voll. Segeln
Vörner
D. Mädchen v. Elzondo

Neues Operetten-Th.
Schöneberg
Hauptstraße 144.
Täglich 8 Uhr
♦♦ Einmal ♦♦
kommt die Stunde
mit
Elise Balzer - Lichten-
stein, Agni Wilke, Georg
Bäsel, Max Wilberg,
Josef Commer u. a.

Volkshöhne
Theater an: Bülowplatz
U. Bauer als Millionär

Lessing-Theat.
7 Uhr neu einstudiert:
Wenn wir Toten
erwachen
(Durieux, Vorsch, Loos,
Steinrück)
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
pischieren ein Kaiserin
Sonntag u. Montag 7 1/2
Wenn wir Toten erwach.

Deutsches Künstler-Th
Allabendlich 7 1/2
Der heilige Ambrosius
(Max Adabert)

Central-Theater
7 1/2 U.: Detektivmädel
Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: Mignon
Friedr. - Wilhelmst. Th.
4 Uhr: American Girl
Intimes Theater
8 Uhr: Der Herr, der un-
verwundbar ist / Die
Spielbank / Lauz doch
nicht immer nackt
herum
Kleines Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Reigen
Lustspielhaus
8 Uhr: Hahnenkampf
Stittl. Forderung
Metropol-Theater
7.30 U. Straßensängerin
Neues Operetten-Th
7 1/2 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Theater am Zoo
7 1/2 Uhr: Raub der
Sabinerinnen
Neues Volkstheater
7 1/2 U.: Jugendfreunde
Schiller-Th Charlitz.
8 U.: Meine Frau, die
Hofschauspielerin
Schloßpark-Th Stoglitz
7 1/2 Uhr: Jugend
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Schäm Dich, Lotte
Theat. am Hollendorpl.
4: Schneeweiß u. Rosenr.
U.: Die Ehe im Kreise
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Braut d. Lustaus
Sbd. 4. Hüssel u. Grevel
Th. l. d. Kommandant Str
(Jda Köstl-Th.)
7 1/2: Janek der Schmied
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Die Tanzgräfin
Walhalla-Theater
U.: Jung muß man sein

Casino-Theater
Lothring-Str. 37 Tägl. 7 1/2
Der neue Schläger!
Der Weg z. Glück
Volksstück in 4 Aufz.
Sonntag 3 1/2 U.
Martins Abenteuer

FOLIES CAPRICE
Linienstr. 132,
am Oranienburger Tor
Täglich 8 Uhr:
Die Dame im Bett
mit Ferd. Grünecker
Tel. Norden 2650

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet

Admirals Palast
7 1/2: Die roten Schuhe

Komische
7 1/4 Oper 7 1/4
Dir. Jam. Klein
Die große
Revue
Der Herr
der Welt
Keine Bühne der
Welt bietet sol-
che Prachtaus-
statt. u. Nam. be-
rühmt. Darstell.
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Gura
Wih. Hartstein
Franz Groß
P. Westermeyer
L. Werkmeister
75 Damen-
Ballett!
Vorverkauf ununterbrochen

Apollo-
Theater 8
Uhr
Dir. Jam. Klein
Die Sensation
Berlins
Frau
Luna
Große Ausstattung
Operette von
Paul Lincke
mit dem
Grigolatis-
Luft-Ballett
Oskar Sabo a. G.
Else Berna
Martin Kettner
Fritzi Arco
Fritz Steidl
50 Damen-
Ballett!
Sonntag 7 1/2 U.:
Frau Luna
Origin.-Besetz.
Ermäss. Preise!

CIRCUS
BUSCH
Tel. 7 1/2, Sig. nach 3 U.
Am Sonntag!
1. und 2. Vorstellung
8 U. Meerkatzen
8 U. Radm. 8 Uhr
1 Kind frei!
Bot. Berth. u. Straß.

SCALA
Sonnab. 7 1/2
zu halb. Preis.
das volle
Programm

8
Täglich 8 Uhr
Persönliches
Auftreten
Sylvester
Schäffer
sowie der große
Variété-Spielplan
Vorverkauf 11-2

B.T.L.
Potsdamer Str. 20
Das indische
Grabmal I. Teil
Turmstr. 12
II Teil
Der Tig. v. Eschapor
Wochentag
7.30, 7.15, 9.10 Uhr
Sonntag:
7.45, 5.30, 7.15, 9.10 U.
Preiskarten ungelöst
Friedenau, Rheinstr.
Lady Hamilton
Wochent. 7.9 U.
Sonntag:
8.3, 7 und 9 Uhr

Stettiner
Sänger
Ab. 7 1/2 u.
St. n. chm.
Vn. 7 1/2 Pr.
Variété
Doh.-Br.



Keine Qualitätsmarken außerdem beliebt:
Weinbrand Scharlachberg Gold
Weinbrand Scharlachberg Ruotele
Vertreter:
E. S. Bizenhofer,
Berlin W 50, Türker Str. 3.

Wien-Berlin
Unterhaltungs-Variété
Abends 7.30 Uhr
15 Variété-
Sensationen
4 Uhr
Tanzvorführungen
bei freiem Eintritt

A. Hefner
Große u. kleine Berliner Feinschmeckerstube
Berlin W 8, Leipzigerstr. 74/98.
Zu den Festtagen:
Präsentkörbe, fertig garniert,
Mark 200.—, 300.—, 500.—,
auch nach bes. Wünschen zus. gestellt.

5 TAGE
ZUR PROBE
mit bedingungslos
Rückgaberecht bei
Nichtgefallen. Liefer ich sol-
venten Refundieren mecen-
estische auch d. ver. W. W. W.
Ansprüche bedingungslos
großen, achtsamer Apparat, Asia
Die Lieferung erfolgt zum Ori-
ginalverkaufspreis, also
ohne jeden Aufschlag,
sonst 12 Wochen auf den
Kaufpreis. Nach ihrer Wahl
geg. Zahlung
von nur
p. Monat.
Bei neuer Verbindung Anzahlung
erwünscht. Verlangt Sie kostenlos
lituz. realisierte F. über Speich-
apparate aller Art oder besuchen
Sie meine Vorführungsstube
Alexandrienerstr. 97
WALTER H. GANTZ, Berlin S 42
Postfach 120 P

Gewaschen mit
Dixin
Henkel's Seifenpulver
Hersteller:
Henkel & Co
Düsseldorf
Preis: das Paket M. 4.00

Sanitätärat
Dr. Wegscheiders
Brust-Tee
n Orig.-Vorschr. geg.
Husten, Asthma
u. Lungenleiden
Pak. zu 5.— u. 9.50
Elefant-Apotheke
Berlin S W, Leipziger-Str. 74
100 Holzplatz
Zentr. 7192

Wäsche-Klof
im Leihhaus Moritzpl. 58a
verkauft neu und billig
Sens., Beinfleib., Pen-
dränge, große Teppiche,
Ränzl-Garn., Stens-u.
Pflanzenbeden, Daunendeck.
für Schlafzimmern
Säle, Reine Samhaberim

Arbeitsräume
ca. 250-400 qm, in der
Gegend zwischen Ritter-
straße und Hermann-
platz sofort gerüst
Offerten unter E 8949
an A.L.A. Hoffenstein &
Bogler, Berlin SW 19

Metallankaufsstelle
Osten
Grünberg Weg 80
Jahrespreise für
Kupfer, Messing
Blei, Zink etc.

Bauzirkverband Berlin
11. Kreis, 80. Wkt.
Unser Genosse
Paul Scholz
ist verstorben.
Mit ihm schied einer
unserer ältesten Ge-
nossen und eifrigsten
Bekämpfer von uns.
Seine Hinterbliebenen!
Die Beerdigung findet
Sonnabend, den
3. Dez., nachm. 2 1/2 Uhr,
auf dem 2. hohlfeldischen
Friedhof Schöneberg
(Blante Hölle) statt.
Zahlreiche Beteilig-
ung erachtet
Der Vorstand.

Verband der Bau- und
Schankwirte Deutschl.
Ordnungserhaltung
Schöneberg.
Der Mitglieder zur
Nachricht, daß unter
langjährig. Mitglieds-
ber. Kollegen
Paul Scholz
am Montag, d. 28. De-
zember, plötzlich ver-
storben ist. 74/16
Seine Hinterbliebenen!
Die Beerdigung findet
Sonnabend, den
3. Dez., nachm. 2 1/2 Uhr,
auf dem 2. hohlfeldischen
Friedhof Schöneberg
(Blante Hölle) statt.
Um zahlreiche Betei-
ligung erachtet
Der Vorstand.
J. H. Ernst Obst.

Was
bietet sich großer
Wellmüchls-
Verkauf?
Teuer Warenappell
auswählige Auswahl,
billigste Preise
Diskretes Kredit.
Besatz für Maß
fertig im Lager
Hochaparte
Winter-
Ulster
Schlüpfer
Paletots
Jacket- und
Cutaway-
Anzüge
Damen-
Konfektion
MÖBEL
Einrichtungen
in 4 Etagen.
A. DAMITT
Rosenthaler
Straße 46-47
Metallbetten
Stahlmatten, Rindbett,
die an Preis, Rotal. 50 Pf.
Gefenmöbel, Stahl (25.7)

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer
teils auf Seide, teils für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche,
enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfische 300, Zobelfische 400, Blau-, Silberfische, Skunks,
Wölfe, Luchse, Sportpelze 800, Gehpelze 1500, Pelzmäntel 2500. Keine Lombardwaren.

